

# Leitbild Kommunal

## **Unsre Heimat,**

die Städte und Dörfer Brandenburgs

Für leistungsstarke, solidarische und  
zukunftsfähige Kommunen

# **Inhaltsverzeichnis**

Vorwort

## **1. Leitmotive linker Kommunalpolitik**

- 1.1 Kommunale Selbstbestimmung statt ministeriellen Zentralismus
- 1.2 Demokratische Teilhabe vor Ort statt Ausschluss und Apathie
- 1.3 Kommunale Wirtschaftskraft statt Privatisierung
- 1.4 Solidarische Antworten auf den demografischen Wandel
- 1.5 Solide Finanzen, um politisch gestalten zu können
- 1.6 Weltoffenheit statt Provinzialität, Toleranz statt Rechtsextremismus

## **2. Strategische Handlungsfelder linker Kommunalpolitik**

- 2.1 Reformen für selbstbestimmte Kommunen
- 2.2 Starke Städte haben Zukunft
- 2.3 Dörfer nehmen ihr Schicksal in die eigene Hand
- 2.4 Handlungsfähige und bürgernahe Verwaltungen
- 2.5 Lokale Bildungslandschaften gestalten
- 2.6 Kultur Kommunal
- 2.7 Europäisch und solidarische Partner in der Einen Welt

## **3. Kompetente Arbeit und persönliche Glaubwürdigkeit**

Linke Kommunalpolitiker in Verantwortung

**DIE LINKE.**

Herausgeber:

V.i.S.d.P.: Thomas Nord; Alleestraße 3; 14469 Potsdam

## Vorwort

Kommunalpolitik hat ihre Eigenheiten; sie ist reizvoll, aber auch nicht ohne Tücken. Oft verblasst die Unterschiedlichkeit der Parteien und Bewegungen auf der lokalen Ebene. Die Dringlichkeiten örtlicher Politik werden jenseits ideologischer Konfliktlinien erledigt und führen dabei manchmal zu politisch paradoxen Koalitionen. Kommunalpolitik ist anders, kann man dann zur Erklärung hören. Ja, sie unterscheidet sich von der Politik auf Landes- oder Bundesebene. Kommunalpolitik ist unmittelbarer, sie ist direkter, deswegen aber noch lange nicht unparteilich. Die Verantwortlichkeiten sind klarer erkennbar und auch fassbar, unmittelbarer ist die Nähe des Bürgers zur Politik und zu seinen Politikern. Und gerade in dieser Nähe „vor Ort“ liegen Herausforderung und Chance linke Kommunalpolitik in Brandenburg erkennbar zu machen.

Wenn im September 2008 in Brandenburg Kommunalwahlen stattfinden, dann wird über „Politik vor Ort“ entschieden, zumindest werden wichtige Weichenstellungen dafür vorgenommen. Recht unterschiedliche Parteien, Bewegungen und Gruppen bewerben sich um die Mandate in Ortsbeiräten, Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen. Auch DIE LINKE gehört dazu: Erstmals unter diesem Namen, aber seit über 15 Jahren als linke Kraft in Brandenburg, die durch kompetente Arbeit und persönliche Glaubwürdigkeit ihrer Vertreter zunehmend Anerkennung findet und über erhebliches politisches Gewicht in der Kommunalpolitik verfügt. Gegenwärtig sind 960 Mandatsträgerinnen und Mandatsträger als Vertreter für DIE LINKE in den Gemeindevertretungen und Stadtparlamenten Brandenburgs aktiv. Hinzu kommen 13 hauptamtliche und 11 ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

Teilhabe ist die erste Voraussetzung dafür, dass Brandenburg wieder mehr Zukunft bietet, und dies für alle und überall. Gerade Kommunalpolitik ist da gefragt. Hier „vor Ort“ entsteht Bindung, die mobilisiert; hier entsteht Heimat, für die man einsteht. Wir wenden uns gegen ein neoliberales Zerrbild, das die Menschen als kulturell entwurzelte, sozial bindungsarme und räumlich allzeit verfügbare Objekte grenzenloser Kapitalverwertungsinteressen rund um den Globus jagt. Heimat, soziale Einbindung und Mitgestaltung des Gemeinwesens sind keine Relikte der Vergangenheit, sondern Bestandteil von Lebensqualität, für die auch Kommunalpolitik Verantwortung trägt.

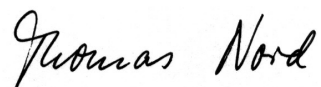
DIE LINKE in Brandenburg diskutierte in den letzten zwei Jahren über ihr Leitbild für Brandenburg. Unter dem Titel „Unsre Heimat...Für ein zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg der Regionen“ wurde es im November 2007 von der Landtagsfraktion und im Januar 2008 vom Landesparteitag angenommen.

### **Wichtige Weichenstellung im September 08**

### **Teilhabe erste Voraussetzung für Brandenburgs Zukunft**

Das vorliegende Papier „Leitbild Kommunal“ versteht sich als Fortsetzung dieser Debatte. Es wurde auf die kommunale Ebene bezogen und auf den Kommunalwahlkampf zugespitzt.

Das Papier soll nicht als Vorgabe für lokale Wahlprogramme verstanden werden. Erfahrene linke Kommunalpolitiker wissen selbst am besten, wo die Probleme in ihren Kommunen liegen und was zu tun ist. Es ist auch keine Bilanz erfolgreicher linker Kommunalpolitik in Brandenburg und verzichtet deshalb auf die Darstellung gelungener Projekte. Das vorliegende Papier versteht sich im Kontext der Leitbild-Debatte der LINKEN als inhaltliche Anregung für die Formulierung der politischen Ziele und Handlungsschwerpunkte vor Ort.



Landesvorsitzender

# 1. Leitmotive linker Kommunalpolitik

## 1.1. Kommunale Selbstbestimmung statt ministeriellem Zentralismus

Fragt man Kommunalpolitiker, wo ihnen der Schuh am meisten drückt, dann kommt sehr schnell die Rede auf „Zentralismus und Dirigismus“, auf die „Regelungen aus Potsdam, Berlin oder Brüssel“ und die „Eingriffe der ministeriellen Bürokratie“. Entgegen der politischen Rhetorik aus Potsdam, die von „mehr Freiräumen“ für die Kommunen, „von Experimenten bei der Übertragung von Kompetenzen“ und natürlich auch von „Zukunftsfähigkeit“ und „Modernität“ der allerneuesten Veränderungen in der Kommunalverfassung redet – man spürt überall im Land einen außerordentlich starken Zentralismus, der auch im Vergleich mit anderen Bundesländern spitzenmäßig ist.

**Starker Zentralismus  
im Land**

Dies gilt auch für die Finanzen. Kein anderes Bundesland, so Experten, beteiligt seine Kommunen so wenig an den Einnahmen. Mehr noch: Der Landeshaushalt wird auf Kosten der Kommunen saniert. Damit verlieren Kommunen, die finanziell gerade so die Pflichtaufgaben abdecken, ihre politische Handlungsfähigkeit. Ministerielle Zuwendungen und Förderbescheide werden zu Instrumenten eines technokratischen Zentralismus, der häufig eigenverantwortliches Handeln erstickt. Kommunen verwandeln sich in zentralistisch verwaltete Einheiten.

**Kommunen werden  
zentralistisch  
verwaltete Einheiten**

Kommunen sind jedoch nicht einfach Verwaltungsebenen, die innerhalb einer zentralistischen Struktur die politischen Direktiven von oben umzusetzen haben. Es sind politische Einheiten im föderalen System Deutschlands, deren Besonderheit darin besteht, dass sie als Selbstverwaltung der Bürger – und nicht als unterste Ebene der staatlichen Verwaltung – konzipiert sind. Frei von einer überwältigenden Bürokratie und autonom gegenüber den Fesseln zentralistischer Reglementierungen entscheiden Bürger selbstbewusst und kompetent über ihr Schicksal, so das urdemokratische Ideal. Das kann auch kein Effizienz- und Modernisierungsgelächter kaputt reden.

**Selbstbestimmung –  
Leitmotiv linker  
Kommunalpolitik**

Vor Ort erfahren Bürgerinnen und Bürger das Politische hautnah, auch in den Zeiten der Globalisierung. Hier liegt ihre Heimat, hier kennen sie die Stärken und Schwächen ihrer Politiker genau. Erfolge wie Misserfolge sowie deren Ursachen können klar benannt werden. Vor Ort beteiligen sich Bürgerinnen und Bürger unmittelbar am politischen Geschehen mit seinen widerstreitenden Interessen, Traditionen und Innovationen, lokalen Regeln und zentralen Vorgaben, finanziellen Engpässen und europäischen Förderbescheiden.

Dieses kommunale Potenzial für die Umgestaltung der Gesellschaft von unten zu nutzen, ist eine politische Herausforderung an DIE LINKE in Brandenburg.

Lokale Fragen sollen im Grundsatz vor Ort entschieden, umgesetzt und finanziert werden. Voraussetzung für eine wirkliche kommunale Selbstverwaltung ist, dass Landkreise, Städte und Gemeinden durch die Ausstattung mit Kompetenzen und Finanzmitteln zu einem eigenverantwortlichen Handeln befähigt werden. Damit die einzelnen Ebenen der kommunalen Selbstverwaltung sinnvoll ineinander greifen, braucht es klare Kompetenzzuweisungen ohne Doppelstrukturen.

Demokratische Gesellschaftsgestaltung und soziale Gerechtigkeit sind Grundpfeiler des kommunalpolitischen Selbstverständnisses der LINKEN. Wir sehen, dass die Kommunen vor großen Herausforderungen stehen, die sich aus tief greifenden globalen, ökologischen, technologischen und demografischen Veränderungen ergeben. Von der Landesregierung werden diese Entwicklungen immer wieder als Alibi für einschneidende Kürzungen im Sozialen missbraucht. Einer solchen Politik muss DIE LINKE eine klare Kante zeigen.

In ihrer Kommunalpolitik orientiert DIE LINKE darauf, dass

- die rechtlichen und politischen Positionen der Kommunen im föderalen System der Bundesrepublik deutlich zu stärken sind, Durchgriffsbefugnisse des Bundes verringert werden und kommunale Beteiligungsrechte, wie Anhörungsrechte und Vetorecht für Kommunen und kommunale Spitzenverbände ins Grundgesetz müssen;
- die Kommunen durch eine Reform der Gemeindefinanzierung finanzpolitische Handlungsräume bekommen – wo die öffentliche Aufgabe angesiedelt ist, muss auch die Entscheidungskompetenz über den Mitteleinsatz liegen;
- die Kommunen trotz weitreichender Privatisierungsprozesse und neoliberaler Wettbewerbsbedingungen über eigene wirtschaftliche Tätigkeitsfelder verfügen und diese erhalten bzw. wieder stärken;
- leistungsfähige und zukunftsfähige kommunale Strukturen existieren, die Stabilität und Handlungsfähigkeit gegenüber den anderen Akteuren sichern und
- die interkommunale Zusammenarbeit zwischen den Brandenburger Kommunen rechtlich gefördert und funktional ausgebaut wird.

**Entscheidungen näher an den Bürger vor Ort**

**Linke Kommunalpolitik zeigt klares soziales Profil**

**Ziele linker Kommunalpolitik**

## 1.2 Politische Teilhabe vor Ort statt apathisch im Abseits

Wozu mitmachen? Was kann ich in der Kommunalpolitik ausrichten? Was kann angesichts zentraler Vorgaben und finanzieller Engpässe in der Kommune wirklich noch entschieden werden? Wie viel Zeit kostet sie mich und was bringt es mir ein, mich vor Ort einzumischen?

**Wozu mitmachen?**

Das sind Fragen, die sich so mancher Brandenburger und so manche Brandenburgerin von Zeit zu Zeit stellt. Sie tauchen auf, wenn die Unterschrift unter ein Bürgerbegehren erbeten wird, wenn zur Stimmabgabe bei Kommunalwahlen aufgefordert wird oder wenn jemand gebeten wird, für ein Mandat oder ein Amt in der Kommune zu kandidieren. Die Antworten fallen sicherlich verschieden aus, so wie die Gründe dafür auch unterschiedlich sind: berufliche und familiäre Verpflichtungen, Alter und Gesundheit oder einfach „kein Bock“. Der Start einer politischen Karriere, die Lust, sich öffentlich einzumischen, der Glaube an die Möglichkeit politischer Gestaltung, die harsche Kritik an den real existierenden Umständen oder der ungetrübte Wille zur Veränderung – dies alles können Gründe sein, auf kommunaler Ebene in die Politik einzusteigen. Demgegenüber dürften materielle Motive angesichts der geringen Aufwandsentschädigungen kaum eine Rolle spielen. Wer kommunale Politik machen will, ist – im besten Sinne – Überzeugungstäter.

In den Kommunen erfolgt die politische Teilhabe auf unterschiedliche Weise. Sie findet zunächst über die Formen der repräsentativen Demokratie statt, also in den gewählten Ortsbeiräten, Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen. Hier wird gestritten und muss schließlich entschieden werden: über Bauleitpläne, Satzungen, Gebührenordnungen oder kommunale Sozialleistungen. Das sind jene dicken Bretter, die Kommunalpolitiker in zeit- und kraftraubenden Sitzungen zu bohren haben. Die Lebendigkeit dieser Institutionen hängt vor allem von den Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern ab. Dafür werden engagierte und kompetente Bürgerinnen und Bürger gesucht. Zugleich gibt das Funktionieren dieser Institutionen auch darüber Auskunft, wie es letztlich um die demokratischen Qualitäten unseres Gemeinwesens steht. Wenn keiner mehr hingeht, funktioniert auch (kommunale) Demokratie nicht mehr. Und deshalb gilt auch für linke Kommunalpolitik: Je größer die lokalen Handlungsmöglichkeiten, desto mehr hat es wieder Sinn und macht es auch Spaß, sich in der lokalen Politik zu engagieren. Desto mehr interessieren sich kompetente Menschen für ein kommunales Mandat oder Amt.

**Je größer Handlungsmöglichkeiten, desto größer das Engagement in lokaler Politik**

Politische Teilhabe auf kommunaler Ebene findet auch in Formen der direkten und plebiszitären Demokratie statt: Bürgerbegehren und Bürgerhaushalte sind Beispiele dafür. Diese Elemente sind sinnvolle, ja notwendige Ergänzungen für die Strukturen der repräsentativen Demokratie. Sie geben neue Impulse und wirken als Korrektive, indem sie z. B. die Behandlung eines Themas durch die Gremien „erzwingen“.

Brandenburg gehört leider nicht zu den Vorreitern in Sachen direkter Demokratie. Die Hürden dafür sind hierzulande recht hoch, die Prozeduren ziemlich kompliziert. Nicht umsonst fordert DIE LINKE, diese Barrieren abzubauen. Das Volksbegehren zum Sozialticket zeigt aber auch, dass selbst unter den heutigen Bedingungen direkte Demokratie in Brandenburg erfolgreich sein kann, wenn das Thema breite Bevölkerungsschichten mobilisiert und gesellschaftliche Verbündete gewonnen werden können.

Politische Teilhabe bedeutet, dass alle Bewohner unseres Gemeinwesens das Recht haben, sich an der Regelung der öffentlichen Angelegenheiten und an der repräsentativen Demokratie zu beteiligen. Seit Jahren gibt es die Regelung, dass Einwohner von EU-Mitgliedsstaaten an Kommunalwahlen hierzulande teilnehmen können. Diese Regelung sollte auf alle Zuwanderer ausgeweitet werden. Deshalb fordert DIE LINKE, dass auch Migranten aus Nicht-EU-Ländern ein Wahlrecht auf kommunaler Ebene bekommen.

Demokratische Teilhabe ist Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung der Städte und Dörfer Brandenburgs. Politische Teilhabe integriert und mobilisiert. Deshalb setzt sich DIE LINKE besonders dafür ein, viele Jugendliche als Kandidaten für die Kommunalwahlen zu gewinnen und – wie in Berlin – das kommunale Wahlrecht auf 16 Jahre abzusenken.

**Politische Teilhabe integriert und mobilisiert**

### 1.3 Kommunale Wirtschaftskraft statt Privatisierung

Von Beginn an waren Städte in unseren Breiten nicht nur verdichtete Siedlungen mit hohem Gewerbeanteil und eigenständiger Verwaltung, sondern traten auch als eigenständige wirtschaftliche Akteure auf. Städte kauften Land für Siedlungserweiterung und Ackerbau, betrieben Güter und Bergwerke, Märkte und Manufakturen. Die ersten Sozialeinrichtungen, wie Schulen und Armenhäuser, waren natürlich in städtischem Besitz. Als die technische Infrastruktur ab dem späten 19. Jahrhundert mit Strom und Gas, Straßenbahn und Bus, Be- und Entwässerung revolutioniert wurde, trat normalerweise die Kommune als Eigentümer und Betreiber auf. Der massive soziale Wohnungsbau seit Beginn des vergangenen Jahrhunderts war nur möglich, weil finanziell handlungsfähige Kommunen in Größenordnungen Grund und Boden kaufen konnten. Kurz gesagt: kommunale Wirtschaftskraft war schon immer Voraussetzung und

**Städte als Wirtschaftsakteure:**

**eine Erfolgsgeschichte**

**... und Vorbedingung selbstbestimmter Handlungsfähigkeit**



Instrument für selbstbestimmte, sozial verantwortliche und nachhaltige Entwicklung.

Inzwischen hat die Austrocknung der Kommunalfinanzen durch Land und Bund im Zusammenspiel mit einer massiven neoliberalen Privatisierungskampagne dazu geführt, dass sich immer mehr Städte und Gemeinden von ihrem Eigentum und ihren Dienstleistungseinrichtungen trennen. Manchmal scheint es der einzige Ausweg zu sein, um überhaupt noch einen genehmigungsfähigen Haushalt hinzubekommen. Manchmal ist es die Hoffnung auf das schnelle Geld, um wieder handlungs- und gestaltungsfähig zu werden. Manchmal mag auch die unausgesprochene Hoffnung Pate stehen, sich aufwändige Funktionen der Daseinsvorsorge vom Halse zu schaffen.

Das Ergebnis ist immer wieder niederschmetternd: Wer das kommunale Wohnungsunternehmen verscherbelt, verliert das einzige noch wirksame materielle Instrument, um nachhaltigen Städtebau betreiben zu können. Gerade in schrumpfenden Städten, wo unausweichliche Strukturveränderungen anstehen, wird die Dominanz wohnungswirtschaftlicher Kalküle über den Städtebau zu Erosionserscheinungen und Verwerfungen führen, was die Zukunftschancen untergräbt und das Gemeinwesen letztlich teuer zu stehen kommt.

Wer Stadtwerke und Verkehrsbetriebe oder die Wasserwirtschaft verkauft, wird sich bald mit unkontrollierbarer Preisgestaltung konfrontiert sehen, mit einer Kostenexplosion für private Haushalte ebenso wie für öffentliche Einrichtungen. Vom Gewinn sieht die Kommune nichts mehr, aber wenn die technischen Systeme verschlissen sind, wird die öffentliche Hand in ihrer letztendlichen Verantwortung für die Daseinsvorsorge erpressbar und muss schlimmstenfalls den ganzen Schrott zurückkaufen und selbst wieder erneuern. Die Rechnung geht an den Steuerzahler.

Wer eine „Public-Private-Partnership“ eingeht, um eine Gemeinweseneinrichtung bauen zu lassen und dann zu mieten, der spart bestenfalls kurzfristig Geld, muss aber langfristig umso mehr zahlen – auf Kosten der kommenden Generation. Wer das Krankenhaus privatisiert, muss wissen, dass der neue Eigentümer einen Gewinn zu erwirtschaften hat und dieses Kalkül über den Patienteninteressen stehen wird.

Die öffentliche Daseinsvorsorge ist aber Grundpfeiler für eine demokratische und gerechte Gesellschaft. Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben kann nur dann für alle Bürgerinnen und Bürger eröffnet werden, wenn eine konsequent an diesem Ziel orientierte Daseinsvorsorge wirkliche Chancengleichheit herstellt, indem unterschiedliche soziale Ausgangsbedingungen ausgeglichen werden. Wer keine Zwei-Klassen-Bildung, Zwei-Klassen-Medizin, Zwei-Klassen-Kultur und

**Privatisierung kommunalen Eigentums heißt:**

**keine Gestaltungsfähigkeit,**

**gewinnorientierte Organisation der Daseinsvorsorge ...**

**... und geht auf Kosten kommender Generationen**

**Keine Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge!**

Zwei-Klassen-Wohnquartiere will, braucht einen kompetenten kommunalen Dienstleistungssektor.

Daher werden Kommunalpolitiker der LINKEN in Brandenburg keine Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge mittragen, sondern für eine bessere finanzielle Ausstattung für diese Aufgabe kämpfen.

Im Interesse einer größeren Angebotsvielfalt angesichts der wachsenden Vielfalt der Problemlagen ist zu überlegen, wie und wo Kooperationen mit gemeinnützigen Vereinen und Verbänden sowie bürgerschaftliche Initiativen realisierbar sind. Dies gilt insbesondere auch für die Daseinsvorsorge in dünn besiedelten ländlichen Räumen, die oft nur dann aufrechterhalten werden kann, wenn „alle mitmachen“. Hier sind ortskonkrete Lösungen gefragt. Im Grunde sollte es aber auch hier um Inhalte und Qualität gehen, und nicht um ein Feigenblatt, unter dem mit schönen Worten dann doch nur Kosten gespart werden und öffentliche Verantwortung auf private Schultern verlagert wird. Das merkt der Bürger, das merken die Wähler.

Kommunales Eigentum an Einrichtungen der Daseinsvorsorge bedeutet, dass Kommunen als Arbeitgeber auftreten. Kommunale Aufträge für Funktionen der öffentlichen Daseinsvorsorge haben Einfluss auf die konkreten Arbeitsverhältnisse und die Einkommen von Beschäftigten. Sie haben damit Vorbild- und Signalfunktionen. Die Vergabe öffentlicher Aufträge muss an Sozial- und Beschäftigungsstandards gebunden werden und die regionalen Wirtschaftskreisläufe stärken.

Die kommunale Beschäftigungspolitik der LINKEN muss konsequent darauf ausgerichtet sein, reguläre Beschäftigungsverhältnisse zu anerkannten tariflichen Standards zu schaffen. Dies muss auch für alle kommunalen Konzepte für einen öffentlichen Beschäftigungssektor gelten. Auch gemeinnützige Arbeit verdient den Mindestlohn!

Noch ein Wort: Mit diesen Themen wird landesweit DIE LINKE identifiziert. An der praktischen Politik zu diesem Thema wird die Partei in der Öffentlichkeit stark gemessen. Wer auf diesem Feld nach den Wahlen vor vermeintlichen Sachzwängen einknickt, verspielt viel Glaubwürdigkeit, und dies in einer zentralen Frage.

**Kommunale Beschäftigungspolitik der Linken muss glaubwürdig sein**

## 1.4 Solidarische Antworten auf den demografischen Wandel

Aus kommunaler Sicht hat der demografische Wandel wenig mit dem ideologischen Geplänkel über die Zukunftsaussichten der Deutschen und ihrer Kultur zu tun, in dem die Eiferer auf gut platzierte Pappkameraden schießen und Pseudoprobleme wälzen.

Für die Kommunen in Brandenburg hat der demografische Wandel mehrere Facetten. Erstens der Einwohnerschwund, zweitens die wachsende Zahl von Alten und speziell Hochaltrigen (über 80 Jahre), drittens die überdurchschnittliche Abwanderung von jüngeren Frauen, viertens der überproportionale Wegzug von Hochqualifizierten.

Diese Trends vollziehen sich in den einzelnen Regionen des Landes auf sehr unterschiedliche Weise. Die meisten Kommunen im „Speckgürtel“ von Berlin erfreuen sich stabiler Einwohnerzahlen, während der „äußere Entwicklungsraum“ unter massiver Schrumpfung leidet. Die Landeshauptstadt und andere prosperierende Orte im Berliner Umland bieten viele attraktive Erwerbsmöglichkeiten, während in den deindustrialisierten und ländlichen Gebieten viel zu wenige Erwerbsperspektiven bestehen. Demgegenüber trifft die Alterung der Gesellschaft alle Orte gleichermaßen. In den größeren Städten wird es wegen der besseren Betreuungs- und Pflegeangebote sogar einen verstärkten Zuzug in den höheren Altersgruppen geben.

In den Orten und Regionen mit schrumpfenden Einwohnerzahlen stehen seit geraumer Zeit schmerzhaft Standortentscheidungen zur sozialen und technischen Infrastruktur an, und vorerst ist kein Ende abzusehen. Vor Ort geht es darum, das räumliche Netz der öffentlichen Daseinsvorsorge so zu reorganisieren, dass existentielle Leistungen wie die Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs, Kinderbetreuung, Grundschule, Arzt und Apotheke am Wohnort gesichert bleiben.

Wenn Versorgungsleistungen in herkömmlicher Form privatwirtschaftlich nicht mehr tragfähig und öffentlich nicht mehr finanzierbar sind, müssen neue Lösungen her. An mobile Anbieter von Lebensmitteln und anderen Waren des täglichen Bedarfs hat man sich in vielen kleinen Orten ohne Verkaufsstelle schon gewöhnt. Wenn sich jedoch die heutigen Trends fortsetzen, die Discounter immer größer und räumlich immer mehr zentralisiert werden, zugleich aber auch die Treibstoffkosten steigen, kann durchaus der Zeitpunkt kommen, wo der kleine Laden vor Ort nicht nur sozial, demografisch und ökologisch die bessere Variante ist, sondern auch wirtschaftlich wieder konkurrenzfähig wird. Der „convenient store“, ein kleiner Laden mit dem Basisangebot und ein paar haushaltsbezogenen Dienstleistungen (Wäsche, Reinigung, warme Mahlzeit), der sich inzwischen im angelsächsischen Raum und auch in Japan verbreitet hat, könnte ein vielversprechender Ansatz sein.

**Facetten des demografischen Wandels**

**Ungleichmäßige Entwicklungen**

**Neue Lösungen sind gefragt**

Die Gemeindeschwester ist gerade den Ostdeutschen keine Unbekannte. Es hat Sinn, sie wieder in die medizinische Versorgung einzubinden. Sie ergänzt wohnortnah die gesundheitliche Prävention und Versorgung und übernimmt soziale Aufgaben. Die Gemeindeschwester ist aber kein Ersatz für ärztliche Tätigkeit. Schon bestehender und drohender Unterversorgung bei ambulanten haus- und fachärztlichen Leistungen kann kommunal nur sehr schwer begegnet werden. Wo es möglich ist, dass Ärztinnen und Ärzte Außenstellen einrichten, sollte die Kommune die notwendigen Räumlichkeiten mit entsprechender Ausstattung zur Verfügung stellen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass besonders die Krankenhäuser der Grundversorgung in den Städten des ländlichen Raumes bei Unterversorgung ambulante Aufgaben übernehmen. Ein wichtiges Feld der Kommunalpolitik in den Landkreisen und kreisfreien Städten ist es, nicht zuzulassen, dass Standards des öffentlichen Gesundheitsdienstes weiter abgebaut werden. Das betrifft vor allem die Reihenuntersuchungen in Kitas und Schulen. Mit dem Wegfall dieser Untersuchungen fehlen auch die Daten für eine kommunale Gesundheitsberichterstattung.

## **Gesundheitsversorgung sichern**

Die Kommunalpolitik kann eine verfehlte Gesundheitspolitik nicht korrigieren. Aber: Wer den Landarzt im kleinen Ort haben will, muss aktiv und kreativ sein. Auch wenn die Gemeinde noch so arm ist, an Flächen und Gebäuden herrscht in dünn besiedelten Regionen zumeist kein Mangel.

Noch in den 1990er Jahren haben viele kleine Orte einen Zuzug von Familien erlebt, die sich ihr Haus im Grünen gebaut haben. Diese Welle ist vererbt. Mit den steigenden Transportkosten und schrumpfender sozialer Infrastruktur sind viele dieser Orte in einen Teufelskreis geraten. Weil die Kinder fehlen, werden Grundschulen und Kindertagesstätten geschlossen. Weil es keine Kitas und Schulen mehr gibt, kommen keine neuen Familien. Wenn die Kinder der letzten starken Zuziehergeneration für Ausbildung und Beruf fortgehen, schrumpft und altert der Ort rapide.

## **Kinderbetreuung erhalten**

Linke Kommunalpolitik sollte alle tragfähigen bürgerschaftlichen Ansätze unterstützen, die kleine Kinderbetreuungseinrichtungen und Grundschulen mit innovativen Unterrichtsformen aufbauen bzw. erhalten wollen. Dies schließt auch Elterninitiativen ein, die für ihre Kinder eine Schule vor Ort gründen wollen, nachdem die öffentliche Bildungseinrichtung geschlossen wurde. Bei all diesen Ideen und Initiativen geht es aber nicht nur um Unterstützung und schlimmstenfalls Trittbrettfahrerei. Linke Kommunalpolitik sollte sich dadurch auszeichnen, dass sie gerade bei den innovativen Formen sozialer Infrastruktur vor Ort sichtbar konzeptionell führt und aktiv mitgestaltet.

Die Alterung der Gesellschaft betrifft alle Kommunen im Land. Bevor wir auf die damit zusammenhängenden Probleme zu sprechen kommen, sollten wir zunächst klarstellen: Es ist eine Errungenschaft, dass wir immer älter

## **Ältere Menschen einbinden**

werden. Es ist umso mehr eine Errungenschaft, dass wir immer gesünder älter werden. Also: Keine Altersdiskriminierung vor Ort. Vielmehr müssen Mittel und Wege gefunden werden, wie die Schaffenskraft und das Interesse älterer Menschen an sozialer Einbindung und gesellschaftlich wertgeschätzter Tätigkeit für konkrete gemeinnützige Vorhaben vor Ort aktiviert werden können. Auch hier gibt es keinen Königsweg, der überall zum Ziel führt. Vielmehr wird die konkrete Beteiligungsform von den lokalen Bedingungen und dem konkreten lokalen Vorhaben abhängen.

Zweifellos werden die Bedürfnisse und Probleme älterer Menschen auch in der kommunalen Politik einen größeren Raum einnehmen. Das Netz von Pflege- und Betreuungseinrichtungen muss weiter ausgebaut und mit qualifiziertem Personal ausgestattet werden, was „nebenbei“ auch neue Arbeitsplätze schafft. Wohnungs- und Städtebau müssen stärker auf die Lebensumstände von Senioren ausgerichtet werden. Das reicht vom altengerechten Wohnen bis zur barrierefreien Stadt. Senioren wollen mobil bleiben. Der öffentliche Personennahverkehr muss auf diesen Mobilitätsbedarf eingerichtet sein.

Ein Grundpfeiler LINKER Politik bleibt auch hier die Solidarität, vor Ort also die Solidargemeinschaft der Generationen. Dies zu bewerkstelligen, ist gar nicht so einfach, wenn es erst mal konkret wird. In einer Gesellschaft, in der Kinder bzw. Familien zu Minderheiten geworden sind, sind besondere Anstrengungen nötig, damit Kinderfreundlichkeit nicht nur ein Lippenbekenntnis zur Beruhigung des eigenen sozialen Gewissens bleibt. Wir müssen uns damit auseinandersetzen, dass die Kriterien für eine kinderfreundliche Gesellschaft auch von jener Mehrheit definiert werden, die keine Kinder (mehr) hat. Es besteht die Gefahr, dass die real existierenden Kinder konzeptionell passfähig gemacht werden: lieb, brav und vor allem: leise.

Aber ohne Kinder haben die Städte und Gemeinden keine Zukunft. Und wer auf die Einwohnerentwicklung mancher Orte in strukturschwachen Regionen schaut, dem wird klar, hier ist gar keine so ferne Zukunft gemeint. Linke Kommunalpolitik sollte sich vor allen anderen dafür einsetzen, dass die Belange und Interessen der Kinder gewahrt bleiben. Im Klartext: Nicht jeder Streit um Aktivitäten der nachwachsenden Generation außerhalb der privaten Wohnung muss mit einem neuen Verbot enden. Treffs für Kinder und Jugendliche sind und bleiben wichtig; hier sollten die Kommunen zu allerletzt sparen.

Zu unterstützen ist die Idee von Mehrgenerationenhäusern. Inzwischen gibt es gute Beispiele, wie sich Genossenschaften und Mietergemeinschaften in einem Haus mit unterschiedlichen Wohnangeboten selbst Regeln setzen, die ebenso auf gegenseitigem Respekt als auch auf gegenseitiger Unterstützung beruhen. Toleranz darf keine Einbahnstraße sein. Mehrgenerationenhäuser sind aber auch für die Gemeinwesenarbeit ein guter Ansatz. Die

**Solidarität –Grundpfeiler linker Politik, auch in der Kommune**

**Ohne Kinder keine Zukunft für Städte und Dörfer**

Generationen begegnen sich in Freizeit und Betreuung, tauschen sich aus, verstehen einander besser. Außerdem werden die Betreuungsangebote flexibler und können besser an demografisch veränderte Bedarfe angepasst werden. Wo heute eine Jungeneinrichtung untergebracht ist, wird morgen vielleicht ein Seniorentreff entstehen und übermorgen ein kleiner Kindergarten.

Ähnlich verhält es sich mit jener neuen Idee, die man im Englischen „Universal Design“ nennt. Öffentliche (wie auch private) Räume und Einrichtungen werden grundsätzlich so gestaltet, dass sie für alle Bevölkerungsgruppen in allen Lebenslagen gut nutzbar sind. Der Niederflerbus, der geräumige Fahrstuhl oder der barrierefreie Weg nutzen der Seniorin mit dem Rollator ebenso wie dem Rollstuhlfahrer und Mama oder Papa mit dem Kinderwagen. Was hier so einfach klingt, verlangt, wenn es gut funktionieren soll, nach einem Gesamtkonzept, wenn wirklich alle Hürden eliminiert und Zugänge geöffnet werden. Auch wenn die Umsetzung Geld und viel Zeit kosten wird: Entscheidend sind der Plan und der erste Schritt.

**Daseinsvorsorge den demografischen Veränderungen anpassen**

## 1.5 Solide Finanzen, um politisch gestalten zu können

Die schwierige bis katastrophale Haushaltslage der Brandenburgischen Kommunen ist nicht hausgemacht, sondern hat in erster Linie strukturelle Ursachen.

Erstens haben die steuerpolitischen Weichenstellungen auf Bundesebene in den vergangenen Jahren zu einer dramatischen Drosselung der öffentlichen Einnahmen insgesamt geführt, was bis auf die kommunale Ebene durchgeschlagen ist bzw. durchgereicht wurde.

**Konnexitätsprinzip ist faktisch ausgehebelt**

Zweitens sind die föderalen Finanzbeziehungen in eine dramatische Schiefelage gelangt. Das Konnexitätsprinzip, also der untrennbare Zusammenhang von Aufgabenübertragung und Übertragung der erforderlichen Finanzmittel, ist faktisch ausgehebelt. Bund und Land versuchen, ihre Haushalte auf Kosten der Kommunen zu sanieren. Die Folgen sind offensichtlich. Nehmen wir den Straßenbau: Die Bundesautobahn wird intensiv und liebevoll gepflegt. Die Landesstraße ist inzwischen grundhaft ausgebaut. Die Kreisstraße erlebte schon länger keine Reparatur mehr. Manche innerstädtische Straße hat überhaupt keine feste Decke.

Dieses Beispiel ließe sich auf viele andere Felder übertragen. Wer aber zukunftsfähig werden und im Standortwettbewerb mithalten will, muss in die Zukunft investieren. Ansiedlung von innovativen Technologien, hochwertige Bildungseinrichtungen, lokale Lebensqualität durch attraktive Freizeit- und Kulturangebote, ein schönes Stadtbild und gepflegte öffentliche Räume: all

dies kostet zunächst einmal Geld. Auch wenn die öffentlichen Einnahmequellen selbst im günstigsten Fall eher mager sein werden und nicht alles geht, sondern strenge Prioritäten gesetzt werden müssen: Über die Finanzausstattung zur Erfüllung der Pflichtaufgaben hinaus muss es einen wirklichen finanziellen Spielraum für eigenständige Zukunftsgestaltung geben.

Aus kommunaler Sicht ist die Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen eine „außenpolitische“ Herausforderung. Bislang hat sich der Städte- und Gemeindebund in dieser Frage nicht besonders wirkungsvoll in Szene bringen können. Möglicherweise sind die bundesweit großen Unterschiede und auch parteipolitische Loyalitäten dafür verantwortlich, dass die Kommunen dieses Problem nicht als vorrangiges Thema auf die Tagesordnung bringen konnten. Es sollte also darüber nachgedacht werden, wie neue und wirksamere Koalitionen zwischen den Kommunen geschmiedet und wie politische Mehrheiten für diese Sache gewonnen werden können.

**Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen steht auf der Tagesordnung**

Ebenso muss DIE LINKE auch auf der kommunalpolitischen Ebene immer wieder daran erinnern, dass es – unabhängig von der föderalen Verteilung – darauf ankommt, die Einnahmeseite der öffentlichen Hand generell wieder zu stärken. Angesichts der wachsenden sozialen Klüfte, der demografischen Trends und der ökologischen Herausforderungen ist es unumgänglich, dass die öffentliche Hand im Interesse von Daseinsvorsorge und Zukunftsinvestitionen, Chancengleichheit und sozialer Integration finanziell wieder gestärkt wird. DIE LINKE hat ein Konzept zur Steuerpolitik, das unter anderem eine bessere Finanzausstattung der Kommunen beinhaltet. Das muss weit intensiver propagiert werden, gerade auch vor Ort, wo die konkreten Probleme am greifbarsten sind.

**Linkes Steuerkonzept dem Wähler vermitteln**

Ist man nun aber in eine kommunale Volksvertretung oder ein kommunales Amt gewählt, dann nutzt es gar nichts, auf die föderale Revolution zu warten. Die Wähler erwarten etwas, und zwar jetzt und nicht erst im real gewordenen demokratischen Sozialismus.

Oftmals gibt es zur Haushaltskonsolidierung keine wirkliche Alternative und jeder kommunale Verantwortungsträger wird sich daran messen lassen müssen, wie erfolgreich er sich mit dieser Herausforderung herumschlägt. Für DIE LINKE ist dies besonders wichtig, denn erstens gibt es das langlebige Vorurteil, linke Politik könne nicht mit Geld umgehen, und zweitens beschädigen wir tatsächlich die Generationengerechtigkeit, wenn wir den Schuldenberg immer nur vor uns herschieben.

Die Wähler erwarten aber nicht Sparen zum Selbstzweck, denn selbst ein ausgeglichener Haushalt an sich löst noch kein einziges kommunales Problem. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass es der LINKEN noch weniger als anderen Parteien verziehen wird, wenn dem

**Sparen ist kein Selbstzweck**

Sparziel politische Inhalte geopfert werden. Das ist vielleicht auch gut so und verkörpert einen Anspruch, den unsere Wähler wie auch wir an uns selbst stellen, und zwar mit Recht.

Es ist also nötig, Prioritäten zu setzen und Vorhaben auszuwählen, die für die Zukunftssicherung existentiell sind und die zugleich einen zentralen Platz in der Programmatik der LINKEN einnehmen. Und wenn es in der Mehrzahl nicht mehr geht, dann in der Einzahl: Ein einziges Projekt bestimmen, das für die Zukunftsfähigkeit vor Ort bedeutsam ist, solidarisches Handeln symbolisiert und in der Öffentlichkeit eindeutig mit den Werten der LINKEN identifiziert wird!

Die Einnahmeseite kommunaler Haushalte kann auch durch die Höhe kommunaler Abgaben und den Preis kommunaler Leistungen gestärkt werden. Grundsätzlich sollen kommunale Leistungen so kostengünstig wie möglich produziert werden. Zugleich setzen die Preise für kommunale Leistungen auch wirksame Signale für den Verbrauch von Ressourcen, was speziell bei Energieverbrauch und Umweltbelastung für eine nachhaltige Entwicklung unumgänglich ist.

Es gibt aber auch eine soziale Dimension, und soziale Gerechtigkeit bildet den Kern von Selbstverständnis und Image der LINKEN. Sozialticket, Ermäßigungen für Heranwachsende und Einkommensschwache, Umlage von Betriebskosten auf den Vereinssport bei Kindern und Jugendlichen, Preise für Musikschule und Fortbildung: Wenn LINKE in diesen Bereichen kommunale Entscheidungen treffen bzw. mitverantworten, die zu stärkeren Belastungen für benachteiligte soziale Gruppen führen als in der benachbarten Stadt oder Gemeinde ohne LINKE Mitsprache, dann läuft etwas gründlich schief.

Geld liegt auf der Straße. Auch heute noch. Bund und Land, die EU und inzwischen auch eine Vielzahl von Stiftungen haben eine kaum mehr überschaubare Zahl von Förderprogrammen für alle möglichen Zwecke aufgelegt. Um sich in diesem Dickicht zurechtzufinden, reichen die herkömmlichen Kapazitäten in den Fachabteilungen der kommunalen Verwaltungen nicht aus. Dies ist keine Nebenbeschäftigung, hier braucht man Fördermittelprofis. Erfahrungen zeigen, dass jede kompetent besetzte Stelle in diesem Bereich ein Vielfaches ihrer Personalkosten einspielt. Im Übrigen kann man hier von Anderen in Europa eine Menge lernen. In Italien beispielsweise bekommt jede Kommune, die eine EU-Förderung akquiriert hat, den Eigenanteil von der Zentralregierung gestellt. Ein solches Verfahren würde gerade den strukturschwachen Regionen Brandenburgs enorm helfen, die Wettbewerbsnachteile auszugleichen, denn oft scheitert ein Förderantrag schon an den fehlenden Eigenmitteln. Dies wäre nun wieder eine Aufgabe für die kommunale „Außenpolitik“.

**Prioritäten für linke  
Kommunalpolitik vor  
Ort setzen ...**

**... und dabei soziale  
Gerechtigkeit sichern!**



## 1.6 Weltoffenheit statt Provinzialität, Toleranz statt Rechtsextremismus

Es gibt Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Land Brandenburg, in Städten und Dörfern, im Speckgürtel um Berlin ebenso wie im ländlichen Raum. Das ist kein Problem der Ränder oder einzelner Kommunen der Uckermark oder Prignitz. Die Menschen fühlen sich oft vergessen, ja geradezu abgehängt von der Politik. Hier setzt rechtsextreme Politik an. Rechts-extreme Einstellungen drohen, in der Mitte der Gesellschaft heimisch zu werden. Die Auseinandersetzung wird schärfer. Oft ist Kommunalpolitik ratlos: Manchmal wird auch bewusst ausgeblendet oder verdrängt. Und ein realitätsfernes, nur oberflächlich international ausgerichtetes Leitbild der „europäischen Metropolregion“, wie es von der Landesregierung in Hochglanz angeboten wurde, hilft da auch nicht weiter.

Weltoffenheit und Toleranz gehören zu den Grundvoraussetzungen einer zukunftsfähigen Entwicklung: Das gilt für Brandenburg insgesamt ebenso wie für seine Kommunen im Einzelnen. Für DIE LINKE ist dies nicht vordergründig eine Frage des „internationalen Standortwettbewerbs“ und der „touristischen Attraktivität“ des Landes, auch wenn wir diese Aspekte nicht unterschätzen. Vielmehr gehören Weltoffenheit und Toleranz, Vielfalt und Solidarität zu den Grundwerten unseres Leitbilds einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Alle Menschen in Brandenburg haben nicht nur gleiche Rechte, sondern sollen auch gleiche Entwicklungschancen erhalten, unabhängig von Geschlecht und Herkunft oder sexueller Orientierung, kultureller Prägung und ethnischer Zugehörigkeit. Leider ist das hierzulande keineswegs die immer und überall gelebte Wirklichkeit.

Linke Kommunalpolitik hält nichts von staatlichem Aktionismus und kurzatmigen Kampagnen der Entrüstung. Dazu ist das Thema zu ernst. Sicher brauchen wir auch konsequent umgesetzte Verbote, öffentliche Bildungsangebote sowie Information und Aufklärung über den Rechtsradikalismus. Dies allein wird jedoch keinen nachhaltigen Erfolg erbringen. Weltoffenheit und Toleranz können sich, wenn sie beständig sein sollen, nur aus der Gesellschaft heraus entwickeln. In diesem Sinne unterstützen wir die lokalen Initiativen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, die in vielen Kommunen Brandenburgs entstanden sind, wie z. B. die „Plattform gegen rechts“, das „Netzwerk für ein tolerantes Brandenburg“ oder den „Runden Tisch gegen Gewalt“. Vielfach entstanden diese Initiativen durch bürgerschaftliches Engagement. Für manche Aktionen gab auch die kommunale Politik den Startschuss. Es gibt landesweite Projekte, um die Kommunen bei der Integration von Zuwanderern zu unterstützen, es gibt den Fachberatungsdienst Zuwanderung-Integration-Toleranz (FAZIT) und es gibt Ausländerbeauftragte sowie Koordinatoren gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt.

**Weltoffenheit und Toleranz sind Grundwerte der Linken**

**Unterstützung für lokale Initiativen**

Linke Kommunalpolitik setzt sich dafür ein, diese bürgerschaftliche Initiativen zu unterstützen und zu vernetzen, wofür auch auf kommunaler Ebene koordinierende Strukturen geschaffen werden sollten.

Linke Kommunalpolitik kämpft zugleich gegen die Ursachen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Natürlich beginnt diese Auseinandersetzung mit dem Hinschauen und Wahrnehmen. Linke Politik zeigt Flagge und setzt klare Zeichen. Sie tritt für breite, parteiübergreifende Bündnisse der Demokraten ein, die für Menschenrechte und Toleranz stehen. Wir meinen aber auch, dass Kommunalpolitik nicht nur Bekenntnisse abgeben soll, sondern die sozialen Fragen wahrnehmen muss, die den Nährboden für Rechtsradikalismus und Neofaschismus bilden: Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit, Verwehrung von Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die junge Generation braucht Bildungsangebote und Berufsperspektiven, soziale Einbindung und attraktive Freizeiteinrichtungen. Vieles davon ist nicht zum Nulltarif zu haben und gehört auch nicht zu den kommunalen Pflichtaufgaben. Umso wichtiger ist es, dass diese Aufgaben in den kommunalen Haushalten abgesichert werden.

**Ursachen bekämpfen – soziale und materielle Probleme wahrnehmen**

### **Brandenburger Kommunen brauchen Zuwanderung**

Linke Kommunalpolitik unterstützt die Entwicklung von Initiativen und Aktionen für ein weltoffenes und tolerantes Brandenburg auch deshalb, weil wir Einwanderung brauchen. Brandenburgs Kommunen hatten stets Einwanderer angezogen, die dieses Land nicht nur besiedelten, sondern auch entwickelten und kultivierten. Heute stehen wir vor ähnlichen Herausforderungen. In vielen Landstrichen verschwindet die Jugend. An anderen Orten fehlen die Fachkräfte. Massiver Bevölkerungsverlust höhlt die Lebensfähigkeit und damit auch Zukunft der Städte und Gemeinden aus. Jedoch wird angesichts hoher Arbeitslosigkeit Zuwanderung oft vielerorts als zusätzliche Belastung gesehen.

DIE LINKE in Brandenburg ist der Meinung, dieses Land braucht eine Politik, die Zuwanderung wirklich als Chance begreift und verantwortlich gestaltet. Es geht gleichermaßen darum, die Integration mit transparenten Zielstellungen und wirksamen Programmen zu fördern, wie auch klare Maßstäbe für die Integrationsleistungen der Zuwanderer aufzustellen und durchzusetzen. Dazu gehören sowohl eine aktive Arbeitsmarktpolitik als auch Ideen und Geld für öffentliche Programme, um die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu erleichtern.

**Integration der Zuwanderer vor Ort erleichtern**

## 2. Strategische Handlungsfelder linker Kommunalpolitik

### 2.1 Reformen für selbstbestimmte Kommunen

Die politische Auseinandersetzung im kommunalen Wahlkampf ist oftmals eng mit konkreten Projekten der Gemeinde, der Stadt oder des Landkreises verbunden. Es ist notwendig, sich gegenüber den aktuellen Vorhaben zu positionieren, die Projekte der politischen Wettbewerber zu bewerten und eigene Ideen zu entwickeln. Zugleich müssen in der politischen Debatte aber auch die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen für kommunale Politik im Land Brandenburg angesprochen werden. Dazu gehören die Kommunalgesetzgebung, die Funktionalreform und die Reform des Systems der zentralen Orte.

**Debatte zu den Rahmenbedingungen führen**

#### **Reform der kommunalen Gesetzgebung**

Novellierungen der Kommunalgesetzgebung gibt es in Brandenburg mehr als genug. Welcher Kommunalpolitiker wagt es zu behaupten, er sei auf dem neuesten Stand der Dinge aus dem Hause Schönbohm? Sicherlich muss die kommunale Gesetzgebung auf die sozialen, demografischen und wirtschaftlichen Entwicklungen im Lande reagieren. Auch geben praktische Erfahrungen immer wieder Anlass zur Korrektur, wenn gesetzliche Regelungen nicht so funktionieren, wie vom Gesetzgeber gewollt.

Jedoch darf es nicht dazu kommen, dass die sicherlich spannungsvolle Balance zwischen Verwaltungseffizienz und demokratischer Teilhabe der Bürger immer weiter in Richtung Verwaltung verschoben wird. Die Gesetze der letzten Jahre zeigen eine solche Tendenz, und die neuesten Novellierungen auf Vorschlag der Potsdamer Landesregierung verschärfen diesen Trend noch weiter. Im Klartext: Die Macht in der Kommune soll noch weiter zu Gunsten der Verwaltung verschoben werden. Dazu gibt es ein klares Nein der LINKEN.

Entscheidend für die Bewertung aller Novellierungspakete in der Kommunalpolitik ist für uns, ob die demokratischen Elemente erhalten, erweitert und gestärkt werden. In den jeweiligen konkreten Fällen werden die jeweiligen Kommunalvertretungen möglicherweise ganz unterschiedliche Entscheidungen treffen, wenn es darum geht, ob die Hauptverwaltungsbeamten den Vorsitz in gewählten Gremien wie dem Kreistag bzw. Hauptausschuss haben sollen, ob Bürgermeister oder Landräte bestimmte Qualifizierungen vorweisen müssen, wie das Meiststimmverfahren angewandt wird oder in welchem Maße sich die Kommune wirtschaftlich betätigt. Das kann von Fall zu Fall „vor Ort“ entschieden werden. Maßstab für linke Kommunalpolitik muss sein, dass

**Ausbau demokratischer Elemente vor Ort sichern**

mit diesen Entscheidungen der demokratische Charakter der Kommunalverwaltung weiter ausgeprägt wird. Bürgerschaftliche Teilnahme muss leichter gemacht werden und größeren Entscheidungsspielraum erhalten. Die politische Handlungsfähigkeit der Kommune ist in jedem Falle zu stärken.

**Novellierungen  
müssen der  
Selbstverwaltung  
dienen**

Der Handlungsbedarf besteht darin, die Kompetenzen der einzelnen Verwaltungsebenen besser aufeinander abzustimmen, die Beteiligungsrechte der Bürger zu erweitern und die Finanzhoheit der Kommunen zu stärken. Vorrang hat für uns die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung in den Städten und Gemeinden, weil hier demokratische Teilhabe unmittelbar praktiziert werden kann.

### **Funktionalreform**

Mit einer Reform der Kommunalgesetzgebung muss eine Funktionalreform verbunden sein. Diese sollte eine klare Arbeitsteilung zwischen den Ebenen zum Ziel haben. Kompetenzüberlappungen, Doppelverantwortlichkeiten und gegenseitige bürokratische Blockaden müssen verschwinden. Eine solche Reform darf nicht auf die Optimierung von Verwaltungsvorgängen und das Einsparen von Stellen beschränkt sein, sondern muss Verantwortung und entsprechende Kompetenzen nach unten verlagern. Ziel ist eine den örtlichen Bedingungen angepasste, von Eigenverantwortung getragene, von gewählten Vertretungen kontrollierte und durch bürgerschaftliches Engagement gestärkte lokale Selbstverwaltung. Nicht die Privatisierung öffentlicher Aufgaben, sondern deren Kommunalisierung muss im Vordergrund stehen. Die Funktionalreform von 1993 – 1996 hat zwar Aufgaben und Kompetenzen vom Land auf die Kreise verlagert, ist aber den zweiten Schritt schuldig geblieben, denn eine nennenswerte Kompetenzübertragung von den Landkreisen auf die Städte und Gemeinden fand nicht statt.

**Klare Arbeitsteilung  
zwischen den  
Verwaltungsebenen**

Mit einer neuen Funktionalreform müssen die Planungs- und Koordinierungskompetenzen deutlich in Richtung der Kommunen verschoben werden. Kompetenzüberschneidungen, Doppelstrukturen, umständliche Verfahren und Kompetenzgerangel zwischen den Verwaltungsebenen müssen rigoros abgebaut werden. Straßenverkehrsrechtliche Anordnungen, Kfz-Zulassungen und Fahrerlaubnisangelegenheiten, Baugenehmigungen und Bauabnahmen, Kinderbetreuung und Denkmalschutz sollten zum Kompetenzbereich der Städte, Ämter bzw. amtsfreien Gemeinden gehören. Zwingende Bedingung ist das Konnexitätsprinzip, also der untrennbare Zusammenhang von Aufgabenübertragung und Übertragung der erforderlichen Finanzmittel.

**Mehr Kompetenzen  
für Kommunen**

Im Zuge einer solchen Funktionalreform gilt es, auch die Aufgaben der Landkreise als kommunale Gebietskörperschaften im Verhältnis zwischen Städten und Gemeinden einerseits und dem Land andererseits neu zu bestimmen und klar abzugrenzen.

**Rolle der Landkreise neu bestimmen**

Mit neuen Aufgaben ist auch auf dieser Verwaltungsebene die rechtliche und finanzielle Ausstattung zu klären. Sicherlich kann im Ergebnis von Funktionalreform und interkommunaler Kooperation auch über den territorialen Zuschnitt von Landkreisen nachgedacht werden. Voraussetzung für Neugliederungen der Verwaltungsstrukturen in Brandenburg ist aber auf jeden Fall, den demokratischen Charakter der politischen Willensbildung in den Gebietskörperschaften zu bewahren. Solche Veränderungen müssen durch die Bürger getragen werden und dürfen nicht zu technokratischen Projekten verkommen, in denen es nur um Effizienz und Kosteneinsparungen geht.

**Neugliederung, wenn vom Bürgerwillen getragen**

### **Reform des Systems der zentralen Orte**

Kommunale Politik hat die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse vor Ort durchzusetzen. Nach der Landesentwicklungsplanung wird die flächendeckende Daseinsvorsorge über das System der zentralen Orte getragen. Inzwischen wird aber immer klarer, dass dieses System angesichts des demografischen Wandels, der technologischen und strukturellen Umbrüche im Wirtschaftsleben, der sozialen Verwerfungen und der veränderten Mobilität nicht zukunftsfähig ist. In den strukturschwachen Regionen mit schrumpfenden Einwohnerzahlen sind viele zentrale Orte auf Grund mangelnder wirtschaftlicher Tragfähigkeit schon heute nicht mehr in der Lage, die nötigen Versorgungs- und Dienstleistungen zu erbringen. Demgegenüber siedeln sich in den Ballungsräumen des „Speckgürtels“ immer wieder Funktionen von zentralörtlicher Dimension - wie etwa Einkaufszentren auf der grünen Wiese - an, auch wenn solche Ansiedlungen im Gegensatz zu landes- oder regionalplanerische Vorgaben stehen.

Die Landesregierung versucht, das Problem durch Auflösung der untersten Kategorie der zentralen Orte zu lösen. Die Grundzentren sollen wegfallen, damit sich die Mittelzentren durch Konzentration der Finanztransfers als tragfähige funktionale Einheiten konsolidieren können. Damit ist jedoch noch kein Problem wirklich gelöst. Die Maschen im räumlichen Netz der Daseinsvorsorge werden größer, zugleich bleibt die ungleiche und dezentrale Verteilung von Kapazitäten mit zentralörtlicher Dimension und Qualität bestehen. Es ist offensichtlich, dass dieses System den Erfordernissen nicht mehr gerecht wird.

**Auflösung der Grundzentren ist keine Lösung ...**

**... das System entspricht nicht mehr den Erfordernissen**

Eine Weiterentwicklung des Systems der zentralen Orte basiert aus Sicht der LINKEN auf drei Komponenten:

Zum Ersten braucht das Land eine ausgewogene Verteilung von starken Oberzentren, die jeweils das gesamte Spektrum der Daseinsvorsorge auf sich vereinen und für alle Nutzer im Einzugsbereich gut erreichbar sind. Gegebenenfalls ist auch hier eine weitere Konzentration auf die zentralen Orte der einzelnen Regionen sinnvoll.

**Zentrale Orte  
in den  
Regionen stärken**

Zum Zweiten kann auf den bestehenden Einrichtungen von zentralörtlicher Dimension in den heutigen Grund- und Mittelzentren aufgebaut werden, über deren Entwicklung als zukunftsfähige Träger der Daseinsvorsorge unabhängig vom Status des Ortes strikt nach den Kriterien der Qualität, Kapazität und Erreichbarkeit zu entscheiden wäre.

**Zentralörtliche  
Kompetenzen  
auswählen**

Zum Dritten muss die interkommunale Kooperation vorangetrieben werden. Städte und Gemeinden arbeiten auf einer vertraglichen Grundlage zusammen, um ein gemeinsames Projekt zu realisieren. Dies kann die Wasserversorgung oder Abwasserentsorgung sein, der gemeinsame Betrieb einer Schule oder Kindereinrichtung, ein ÖPNV-Verbund oder auch eine gewerbliche Entwicklungsmaßnahme, welche Kraft und Kompetenz jedes einzelnen Teilnehmers übersteigt.

**Interkommunale  
Kooperation  
ausbauen**

## 2.2 Starke Städte haben Zukunft

Die wirtschaftlichen und demografischen Umbrüche nach 1990 haben die Städte in Brandenburg nicht nur grundlegend verändert, sondern auch zu einer Ausdifferenzierung der Rahmenbedingungen für Stadtentwicklung geführt. Analog zu den sozialen Verhältnissen in unserem Land hat sich auch die Spannweite zwischen prosperierenden und schwachen Städten in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten enorm vergrößert. Die Ursachen hierfür sind vielfältig: unterschiedliche lokale Akteurskonstellationen, landesplanerische Entscheidungen, die Nähe oder Ferne zu Berlin, die Verkehrsanbindung, die Schicksale der strukturprägenden örtlichen Unternehmen, der Erfolg von gewerblichen Neuansiedlungen und – speziell in den frühen Jahren nach der Wende – auch der pure Zufall. Vereinfacht: Glück oder Pech. Inzwischen haben sich viele Entwicklungen verfestigt, zum Guten wie zum Schlechten.

**Differenzierung  
nimmt zu**

Aus diesen Gründen trägt die Überschrift „Starke Städte haben Zukunft“ einen Hintersinn: Schwache Städte haben keine Zukunft. Aus Sicht der Landespolitik erwächst hieraus die Aufgabe, die Städte als zentrale Orte für ihre Funktionen als Motoren wirtschaftlicher Entwicklung und Träger der Daseinsvorsorge zu ertüchtigen.

Nicht umsonst setzt sich die LINKE für die Strategie „Städte stärken“ ein, um den Rückzug öffentlicher Institutionen aus strukturschwachen Räumen zu verhindern und allen urbanen Orten eine Entwicklungschance zu eröffnen.

Aus lokaler Sicht steht einfach die Herausforderung, sich zu behaupten, sich nicht (nur) auf landespolitische Unterstützung zu verlassen, sondern selbstbewusst und selbstbestimmt alles zu tun, um „starke Stadt“ zu werden bzw. „starke Stadt“ zu bleiben. Dies bedeutet, die lokalen Ressourcen auf Schwerpunktvorhaben der Stadtentwicklung zu konzentrieren. Dies bedeutet auch, ungeachtet der parteipolitischen Unterschiede gegenüber dem Land, möglichst mit einer Stimme aufzutreten, insbesondere, wenn es um wirtschaftliche oder infrastrukturelle Kernprojekte und deren Finanzierung geht.

### **Schwerpunkte bestimmen**

Selbstbehauptung als „starke Stadt“ bedeutet natürlich auch, den Standortwettbewerb um Menschen, Ideen und Investitionen anzunehmen. Da die Einwohnerzahl in unseren Gegenden insgesamt nicht wachsen wird und industrielle Innovation nicht mehr mit extensivem Wachstum verbunden ist, wird sich dieser Wettbewerb verschärfen. Nur wer attraktive Wohnquartiere, Gewerbeflächen, Einkaufsmöglichkeiten, Bildungs-, Kultur- und Freizeitangebote aufweisen kann, wird sich auf Dauer behaupten können.

Standortwettbewerb sollte jedoch nicht mit Verdrängungskonkurrenz gleichgesetzt werden. Gerade in strukturschwächeren Regionen kommt es darauf an, durch Kooperation mit den Nachbarn „Win-Win-Situationen“ herzustellen, indem die jeweiligen Stärken der Partner kombiniert und die Schwächen dadurch ausgeglichen werden. Oftmals ist man in Konkurrenz mit den bekannten Städtenamen im Land sowieso nur als regionaler Akteur wahrnehmbar.

### **Interkommunale Zusammenarbeit im Standortwettbewerb**

Auch die so oder so anstehenden Veränderungen im System der zentralen Orte werden nur durch interkommunale Kooperation im Interesse der beteiligten bzw. betroffenen Städte umgesetzt werden können. Gerade in den schrumpfenden Regionen, wo viele Einrichtungen mit zentralörtlicher Funktionalität zur Disposition stehen, werden rein administrative Entscheidungen der Landesbehörden wenig ausrichten und höchstens eine ungesunde Konkurrenz zwischen den betroffenen Städten auslösen. Der einzige sinnvolle Weg besteht darin, dass sich die Städte der Region zusammensetzen und über die konkrete Arbeitsteilung bei der Wahrnehmung zentralörtlicher Funktionen gemeinsam entscheiden, indem die nach Qualität, Kapazität und Lagegunst besten Einrichtungen ausgewählt werden.

Seit Anfang dieses Jahrzehnts gibt es den Stadtumbau als Instrument nachhaltiger Stadtentwicklung. Die Unterschiedlichkeit und Vielfalt der wirtschaftlichen und demografischen Verhältnisse, die für das Land Branden-

### **Zukunftsfähig durch Stadtumbau**

burg so charakteristisch ist, schlägt sich auch im Stadtumbau nieder. Seitdem es das entsprechende Bund-Länder-Programm in zweifacher Ausfertigung gibt (nach „Stadtumbau Ost“ nun auch „Stadtumbau West“), ist der Begriff „Stadtumbau“ immer mehr zu einem Synonym für Strategien nachhaltiger Stadtentwicklung geworden, die je nach konkreter Ausgangssituation und Problemlage sehr unterschiedlich sein können.

In strukturschwachen Regionen und schrumpfenden Städten wird nach wie vor der Druck übermächtig sein, zunächst erst einmal die Stadtstruktur auf den drastisch gesunkenen Mengenbedarf an Wohnraum, Infrastruktur und Nutzflächen einzustellen. Dies bedeutet, leer stehende Wohngebäude abzureißen, mit innerstädtischen Brachflächen umzugehen, nicht mehr benötigte Schulen und Kitas zu schließen, die stadttechnischen Kapazitäten möglichst verlustarm herunterzufahren. Zugleich steht die Entscheidung darüber an, welche Wohnquartiere, Gewerbebereiche, Stadträume und Einrichtungen wohl die künftige – kleinere, effektivere und attraktivere – Stadt ausmachen werden. Es ist die schmerzhafteste Entscheidung darüber, was weg muss und was bleiben soll. Von der Qualität dieser Entscheidung wird abhängen, ob es gelingt, die zumeist gar nicht üppigen privaten und öffentlichen Investitionen zielgenau auf die Zukunftssicherung zu lenken.

Nun gibt es in Brandenburg durchaus nicht nur strukturschwache Regionen. Vor allem im Siedlungsgürtel um Berlin finden sich – angefangen mit der Landeshauptstadt – boomende Wirtschaftsstandorte, blühende Städte und schicke Wohngegenden. Die Wohnungsmärkte sind stabil. Die zu Wendezeiten entstandenen Industrie- und Militärbrachen verschwinden. Der Wohnungsbestand ist modernisiert. Das Stadtbild lässt den Besucher aus dem Ruhrgebiet vor Neid erblassen. Auch in solchen Orten wird unter dem Label „Stadtumbau“ gearbeitet. Nur geht es weniger um Abriss oder Sanierung, sondern um Vorhaben, welche der Stadt neue Zukunftschancen eröffnen, sei es eine erstklassige gewerbliche oder akademische Ansiedlung, sei es ein imageprägendes Bauvorhaben oder ein Event von überregionaler Ausstrahlung. Hier muss auch über eine Reaktivierung der Wohnungsbauförderung nachgedacht werden, um auch einkommenschwächere Haushalte mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen.

Kommunen sind also mit sehr unterschiedlichen Herausforderungen konfrontiert, wenn es um Stadtumbau geht. Entscheidend ist in jedem Falle ein integriertes Gesamtkonzept, das konsequent mit langem Atem durchgehalten wird. Voraussetzung für den Erfolg ist, dass es gelingt, alle Akteure in den Umbauprozess einzubeziehen und für das Gesamtkonzept zu verpflichten. Das ist bislang nicht immer gelungen. Die bisherigen Befunde zeigen ziemlich eindeutig, dass sich die Städte durch den Stadtumbau weiter ausdifferenzieren. Es gibt Gewinner und Verlierer.

### **Was tun in schrumpfenden Städten?**

### **Aufgaben in boomenden Städten**



Die anstehende Neugestaltung des Förderinstrumentariums wird aller Wahrscheinlichkeit nach Elemente der herkömmlichen Städtebauförderung und der Stadtumbauförderung unter einem Dach zusammenführen. Schwerpunkte werden die Innenstädte und jene kleinteiligen Altbaubestände werden, für die es bislang keine wirksamen Förderinstrumente gibt. Es kommt darauf an, bereits jetzt die planerischen Weichen zu stellen, um sich auf die veränderten Fördertatbestände einstellen zu können. „Stadtumbau Ost“ ist nicht in erster Linie ein Programm zur Sanierung maroder Wohnungsunternehmen, sondern zur nachhaltigen Stärkung der Städte. Die öffentliche Hand gibt Steuergelder im öffentlichen Interesse aus, und nicht im Privatinteresse. Städtebau geht vor Wohnungsbau. Wohnungswirtschaftliche Vorhaben werden dann gefördert, wenn sie mit den Leitbildern nachhaltiger Stadtentwicklung übereinstimmen.

**Städtebauförderung  
neu gestalten**

**Schwerpunkte  
bestimmen**

## 2.3 Dörfer nehmen ihr Schicksal in die eigene Hand

Dörfer sind ein Markenzeichen für das agrarisch geprägte Flächenland Brandenburg. Mehr als die Hälfte der 420 brandenburgischen Gemeinden haben weniger als 2.000 Einwohner. Die märkischen Dörfer sind gewiss verschieden in Größe und Gestalt, aber sie sind zugleich einzigartig und begeisterten nicht nur den alten Fontane.

Die heutige Situation auf dem Lande ist sehr widersprüchlich: Manche dieser Dörfer scheinen angesichts des dramatischen Strukturwandels der letzten Jahre geradezu kapituliert zu haben. Hohe Arbeitslosigkeit, sinkende Steuereinnahmen, verschwundene soziale Infrastruktur und massive Abwanderung sind Entwicklungen, die gerade die ländlichen Räume Brandenburgs in voller Wucht treffen. Dem stehen nicht selten moderne Agrarbetriebe, eine gelungene Dorferneuerung und eine modernisierte technische Infrastruktur mit neuen Straßen und Versorgungsleitungen gegenüber. Neue Formen dörflichen Lebens sind entstanden, Traditionen wurden fortgesetzt. Sowohl Alteingesessene als auch Zugezogene sehen ihr Dorf heute als gemeinsame Heimat an, die sie politisch mitgestalten, sei es in den Gemeindevertretungen, in Vereinen und Parteien oder in der Verwaltung.

**Situation auf dem Lande  
sehr widersprüchlich**

Lebendige Dörfer haben ihr Schicksal selbst in die Hand genommen – auch das ist Teil der Realität Brandenburgs.

Die Landespolitik hat sich in den letzten Jahren auf den Metropolenraum um Berlin konzentriert und die ländlichen Räume immer mehr vernachlässigt. Das konnte jeder im regierungsoffiziellen Leitbild „Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg“ nachlesen und in der praktischen Politik spüren. Auch wenn das „Metropolenkonzept“ mittlerweile in der Versenkung verschwunden ist und prominente Politiker aus den Regierungsparteien sich neuer-

**Metropolenkonzept  
der Landesregierung in  
der Versenkung ver-  
schwunden**

dings in der „Provinz“ aufstellen lassen: Es bleibt dabei, die Landesregierung kommt ihrer Verantwortung für den ländlichen Raum nicht nach. Viele Erfolge in den märkischen Dörfern sind nicht durch, sondern trotz Reglementierungen und Kürzungen durch die Zentrale in Potsdam erreicht worden.

DIE LINKE in Brandenburg stellt dem faktischen Rückzug der Landesregierung aus diesen Räumen eine Politik entgegen, die auf eine nachhaltige Dorfentwicklung orientiert. Dazu gehört, dass wir die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit der Dörfer sichern und die Chancengleichheit der ländlichen Bevölkerung gewährleisten, sei es im beruflichen Leben, in der Kultur oder in der Mobilität.

Dazu gehört auch, dass wir die dörflichen Formen demokratischer Teilhabe weiterentwickeln wollen. Die unterschiedlichen Akteure kommunaler Politik im ländlichen Raum müssen jene politischen und rechtlichen Räume bekommen, die für ein selbständiges, kompetentes und verantwortliches Handeln in den Dörfern notwendig sind.

A) Linke Kommunalpolitik orientiert auf eine vielfältige wirtschaftliche Entwicklung, die dem Dorf Zukunft sichert.

Das Dorf muss sowohl in seiner traditionellen Rolle als Lebensmittelproduzent als auch in den neuen Funktionen als Landschaftspfleger und Hersteller nachwachsender Rohstoffe eine Perspektive erhalten. Regionale Wirtschaftskreisläufe sollten wieder hergestellt werden, damit ein größerer Teil der Wertschöpfung im Dorf erfolgt. Regionale Produktionsprozesse sind so zu entwickeln, dass sie neue Wirtschafts- und Lebensweisen gewährleisten. Die produktiven Agrarbetriebe können dabei als Motoren der regionalen Entwicklung mit dem Aufbau einer regenerativen Energie- und Rohstoffwirtschaft in diesen Räumen verbunden werden.

Im ökologischen Landbau liegt Brandenburg weit vorn. Diesen Vorsprung gilt es auszubauen. Dies wird gelingen, wenn die Gefährdung durch Gentechnik ausgeschlossen ist und die allgemeine Nachfrage nach Bioprodukten weiter steigt. Die Metropole Berlin ist ein riesiger Markt für solche Produkte, der noch besser erschlossen werden kann.

In der Forstwirtschaft werden durch die weitere Entwicklung der Holzindustrie umweltfreundliches Brenn- und Baumaterial geliefert und Wertschöpfung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum gesichert. Die Kommunen mit ihren Besitzanteilen können hier zweifellos eine aktive Rolle spielen.

Der Tourismus ist eine weitere Entwicklungschance für den ländlichen Raum Brandenburgs. Dörfer entwickeln sich zu touristischen Zentren mit Hotels, Pferdesport, Bauernmarkt, Lebensmittelproduktion und Erlebnisangeboten.

## **Ziele nachhaltiger Dorfentwicklung**

## **Lebensmittelproduzent und Landschaftspfleger**

## **Ökologischer Landbau**

## **Forstwirtschaft und Tourismus**

Auch in den Dörfern sollte öffentlich geförderte Beschäftigung sinnstiftende und existenzsichernde Tätigkeiten anbieten. Hierzu gehört das gesamte Spektrum am Gemeinwohl orientierter Arbeitsplätze.

B) Linke Kommunalpolitik orientiert auf die Sicherung und den Ausbau der dörflichen Infrastruktur und gewährleistet die öffentliche Daseinsvorsorge.

Das übergeordnete Ziel linker Kommunalpolitik bleibt die Schaffung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse, wie in der brandenburgischen Landesverfassung im Artikel 44 festgehalten. Daran darf nicht gerüttelt werden, gerade wenn es um den ländlichen Raum und die Situation in den Dörfern geht. Unbestreitbar hat das dörfliche Leben mit seiner Übersichtlichkeit und der Nähe zur Natur seine Vorzüge. Es geht also nicht darum, dass jedes märkische Dorf das gleiche kulturelle Angebot aufweist wie die Landeshauptstadt. Auch die Wege zur Schule und zum Arzt können länger sein. Es geht um ein solches Maß an öffentlicher Daseinsvorsorge, das den Bewohnern den Zugang zu Arbeit, zu sozialer Infrastruktur, wie Schule, Ämter, Arztbesuch, Polizei oder Kulturangeboten, und die aktive Teilnahme an demokratischen Prozessen in ihren verschiedenen Formen ermöglicht.

**Gleichwertige Lebensverhältnisse sichern**

Dies zu bewerkstelligen, ist in dünn besiedelten Gebieten sicherlich nicht einfach. Politik, Verwaltung und Versorgung müssen neue Strukturen und Verfahren finden, die sich flexibel auf die jeweiligen örtlichen Erfordernisse einstellen. Hier ist ein großes Experimentierfeld für selbstbestimmtes und selbstverantwortetes lokales Handeln. Dafür sind die nötigen rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen. Eine notwendige Verlagerung von Entscheidungskompetenzen zu den kommunalen Akteuren im Dorf darf jedoch nicht bedeuten, dass sich das Land aus seiner Gesamtverantwortung stiehlt.

**Grundkanon öffentlicher Leistungen gewährleisten**

Dazu gehört auch, dass im ländlichen Raum die Anbindung an Hochgeschwindigkeits-Internetverbindungen (DSL) gesichert wird. Es kann nicht sein, dass die Deutsche Telekom vorwiegend die Ballungsgebiete ausbaut und die Dörfer vernachlässigt, was einen Verlust an Lebensqualität bedeutet und sich auch auf die wirtschaftliche Entwicklung negativ auswirkt, da ein solches Angebot heutzutage ein Standortfaktor für die Wirtschaft ist.

**... auch DSL gehört dazu**

Manche Sozialleistungen und Arbeitsmarktmaßnahmen, die von Land, Bund oder EU angeboten werden, ermöglichen zwar ein Überleben in den Dörfern, eröffnen jedoch keine wirklichen Spielräume für selbstbestimmtes Handeln. Vor allem den jüngeren Menschen müssen wir berufliche Perspektiven jenseits von Transferzahlungen und Subventionen anbieten. Voraussetzungen sind gute Schulen und Ausbildungsmöglichkeiten vor Ort.

**Zukunft jenseits von Transferzahlungen**

C) Linke Kommunalpolitik stellt sich den ökologischen Herausforderungen und orientiert auf innovative Ansätze in der Umweltpolitik.

**Ökologisch vor Ort**

Der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist eine globale Herausforderung, die lokal angenommen werden muss. Dies gilt auch für die Dörfer der Mark. Auf kommunaler Ebene brauchen wir nicht Alarmismus und Aktionismus, sondern umsetzbare Ideen und konkrete Projekte. Gefordert sind originelle Lösungen im Einzelnen, die von der dörflichen Realität ausgehen und dabei die soziale Dimension nicht aus den Augen verlieren. Bei der ökologischen Modernisierung der Dörfer sollte die Energieversorgung zunehmend auf erneuerbaren Ressourcen basieren. Ökologische Modernisierung kann auch zum Markenzeichen eines Ortes werden und der lokalen Entwicklung wichtige Impulse und zusätzliche Mittel geben, wie etwa im Ökodorf Wulkow in Märkisch-Oderland.

Der ökologische Umbau kann auch durch Aufforstungsinitiativen erfolgen. Wirtschaftlich nicht genutzte Ödlandschaften und Stilllegungsflächen können wieder genutzt werden. Daraus resultieren positive Umwelt- und Beschäftigungseffekte sowie eine Stärkung des Angebots an nachwachsenden Rohstoffen und Energieträgern. Auch hier kann kommunale Politik die entscheidenden Impulse setzen.

**Ökologischer Umbau  
auch durch Aufforstung**

D) Linke Kommunalpolitik entwickelt ein dörfliches Leben, das die Verbundenheit mit dem eigenen Ort stärkt.

**Verbundenheit mit dem  
Dorf fördern**

Lebendige Dörfer haben stabile soziale Strukturen. Die dramatischen Umbrüche der letzten Jahre haben gerade diese Gemeinschaften derart unterminiert, dass sogar einzelne Dörfer in Frage gestellt werden. Aber „kontrollierte Verwilderung“ ist für uns keine Alternative.

Kommunalpolitik steht vor der gewaltigen Aufgabe, gegen den Trend der Zeit der jungen Generation in den ländlichen Räumen eine Lebensperspektive zu geben. Dazu bedarf es vor allem existenzsichernder und befriedigender Erwerbsmöglichkeiten. Wichtig ist aber auch, die sozialen Netzwerke in den Orten zu erhalten. Tradition und Vertrautheit einerseits, neue Freiräume, Kommunikationsformen und alternative Lebensmodelle andererseits – zusammen ergeben sie eine Identität, die letztlich auch an das Dorf bindet.

Wir brauchen mehr selbstbewusste Brandenburger auf dem Lande, die fern von Lethargie mit bürgerschaftlichem Engagement und sachlicher Kompetenz ihre Dörfer und damit ihr Leben gestalten.

**Selbstbewusste  
Brandenburger auf  
dem Lande  
mit Engagement und  
Kompetenz**

Linke Kommunalpolitik zielt darauf, diese Prozesse mit konkreten Projekten zu unterstützen und dabei all jene einzubinden, die in den Dörfern Interesse und Kompetenz aufbringen.

## 2.4 Handlungsfähige und bürgernahe Verwaltungen

Was erwarten wir von einer kommunalen Verwaltung? Sie muss ihre gesetzlichen Pflichtaufgaben gesetzestreu und korrekt erfüllen. Sie muss im Rahmen ihrer Möglichkeiten die lokale Wirtschaft unterstützen, damit die Erwerbstätigkeit gesichert und vermehrt wird. Sie ist Hauptakteur der Gemeinwesenarbeit und muss soziale Dienste vor Ort organisieren. Sie ist für ein gutes Freizeit- und Kulturangebot zumindest mitverantwortlich. Sie soll zudem strategische Entwicklungsimpulse setzen und lokale bzw. regionale Kernvorhaben unterstützen. Bei all dem erwarten wir, dass die Verwaltung Handlungsfähigkeit und Verlässlichkeit demonstriert. Ebenso, dass sie sich als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger versteht und dafür effizient arbeitet. Wir erwarten transparentes Verwaltungshandeln und ein Selbstverständnis, nach dem die Verwaltung den Bürgerinnen und Bürgern dient und ihnen gegenüber verantwortlich ist, und nicht andersherum. Insbesondere muss sich dieses Selbstverständnis im Verhältnis der Verwaltung zu der gewählten kommunalen Volksvertretung ausdrücken.

### **Erwartungen an die Verwaltung**

Dies ist eine ganze Menge. Aber die Erwartungen sind berechtigt. DIE LINKE muss sich diesem Anspruch mit ihrem Politikangebot und ihrem Personal stellen. Die Kommunalpolitik ist das Feld, wo DIE LINKE in der Praxis vor Ort beweisen muss, dass sie eine wirklich neue Politik der solidarischen Zukunftssicherung will und kann.

Diese Politik gründet auf der Ablehnung des neoliberalen Modells und auf der Zuversicht, dass eine bessere Gesellschaft möglich und nötig ist. Die praktische Organisation des kommunalen Lebens kann aber nicht auf eine bessere Gesellschaft warten. Die heutigen Rahmenbedingungen sind zu akzeptieren, aber die gesellschaftliche Alternative muss im politischen Handeln deutlich sichtbar werden. Dies mag zunächst abstrakt und akademisch klingen. Es kann aber schnell ganz konkret werden. Wie stark ist die Versuchung, angesichts eines notleidenden kommunalen Haushalts öffentliche Löhne und Gehälter zu drücken, Jugendeinrichtungen zu schließen, Stadtwerke zu verkaufen oder Leistungen von Anbietern zu bestellen, die weit unter Tarif zahlen?

### **Linke Verwaltung konkret**

Eine Argumentation, die großzügig Neoliberalismusetiketten verteilt, das eigene Verhalten aber nicht am eigenen Maßstab bewertet, wird unglaubwürdig. Klar, Prinzipientreue darf nicht zu Politikunfähigkeit führen, aber im praktischen politischen Handeln müssen die Prinzipien immer noch als handlungsleitend erkennbar bleiben.

Es kommt in jedem Falle darauf an, die eigenen Entscheidungen in diesen Fragen transparent zu machen, die Handlungsweise zu begründen und gerade bei schmerzhaften Alternativen die öffentliche Diskussion zu suchen. Kommunalpolitische Kompetenz besteht im Kern darin, unter extrem schwierigen finanziellen Verhältnissen praktisch etwas zu Wege zu bringen, in Wort und Tat verlässlich zu sein. Es gibt offenbar ein Vorurteil, dass DIE LINKE zwar die Schwachstellen der heutigen Verhältnisse mutig thematisiert und sympathische gesellschaftspolitische Visionen hat, aber weniger gut geeignet ist, konkrete lokale Probleme zu lösen.

Damit müssen wir uns offensiv auseinandersetzen. Im Konflikt zwischen politischer Gestaltung und Sparzwängen wird es nötig sein, sich in der eigenen kommunalpolitischen Tätigkeit auf wenige, aber prägnante Vorhaben zu konzentrieren, die für Leitbild und Programmatik der LINKEN beispielhaft sind. Das bedeutet, Prioritäten zu setzen, und, was im kommunalpolitischen Alltag noch schwieriger ist, Prioritäten über einen längeren Zeitraum hinweg konsequent durchzuhalten. Im Idealfall entsteht am Ende ein Projekt, das von einem breiten bürgerschaftlichen Engagement getragen wird, nachhaltige Entwicklung verkörpert, die Zukunftsperspektiven der Kommune stärkt und von dem die Menschen sagen: Das hat die LINKE zuwege gebracht!

Der zentrale Begriff des Leitbilds „Unsre Heimat. Für ein solidarisches und zukunftsfähiges Brandenburg“ lautet Teilhabe. Wir wollen mehr Demokratie. Dies bedeutet auch, die politischen Entscheidungen näher an die Bürgerinnen und Bürger auf die kommunale Ebene zu verlagern, und insbesondere in die Städte und Gemeinden. Lokale Fragen sollen im Grundsatz vor Ort entschieden, umgesetzt und finanziert werden.

Auch auf lokaler Ebene führt der Weg zu mehr Demokratie zuallererst über die Stärkung der gewählten Vertretungen. Je größer die lokalen Handlungsmöglichkeiten werden, desto mehr macht es wieder Sinn und Spaß, sich in der lokalen Politik zu engagieren, was wiederum die personelle Kompetenz und Qualität der Volksvertreter verbessert. Wichtig ist, dass sich die Volksvertretungen mit mehr Selbstbewusstsein als konstruktiver Partner wie auch als demokratisches Gegengewicht zu den gewählten Hauptverwaltungsbeamten einbringen. Die Gemeindevertretung muss auch in der täglichen politischen Praxis das höchste Organ der Verwaltung sein.

Voraussetzung dafür ist eine bessere technische Ausstattung, eine intensivere Information durch die Verwaltung und vor allem eine Qualifikation der Volksvertreter, die sich – überwiegend in ihrer Freizeit – mit immer komplexer werdenden Sachverhalten herumzuschlagen haben. Parteiübergreifende Fortbildungsangebote sind ein guter Weg, um Qualität und Kultur der politischen Willensbildung auf kommunaler Ebene anzuheben. Analog gilt dies natürlich auch für die Amtsinhaber.

**Weniger ist mehr.**

**Prioritäten setzen!**

**Gemeindevertretung  
ist höchstes Organ der  
Verwaltung**

Je länger die Wege zum Amt werden, je mehr die Verwaltungsvorgänge anschwellen und je knapper das persönliche Zeitbudget in unserer hektischen Arbeitswelt wird, desto interessanter wird „E-Government“, also die elektronische Übertragung von Verwaltungsakten, Anträgen und Bewilligungen. Insbesondere in dünn besiedelten ländlichen Regionen bietet sich hier ein Weg an, effektiv und bürgerfreundlich zu verwalten.

## 2.5 Lokale Bildungslandschaften gestalten

DIE LINKE fordert die Verwirklichung des Rechtes auf Bildung für alle. Bildung ist die Grundvoraussetzung dafür, dass sich Menschen selbstbestimmt entwickeln können. Sie ist auch die Voraussetzung für die Gestaltung der Zivilgesellschaft, für eine Beendigung des Raubbaus an der Natur, für die Schaffung friedlicher Verhältnisse.

Bildung und lebensbegleitendes Lernen gehören zu einer kompetenten und innovativen Bürgergesellschaft. Sie stärken die soziale Kompetenz, sind Ausdruck von Weltoffenheit und stiften regionale Identität.

Bildung schränkt das Armutsrisiko ein. Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung und demokratische Teilhabe an den kulturellen Gütern und den Möglichkeiten der Wissensgesellschaft haben für DIE LINKE Priorität.

Das gesunde Aufwachsen von Kindern bedarf neben der Elternfürsorge auch der Unterstützung verschiedener kommunaler Akteure. Die Verzahnung der kommunalen Stützsysteme des Gesundheitswesens, der Jugendhilfe, der Sozialvereine und des zivilgesellschaftlichen Engagements sind wichtig für die Stärkung von Eltern, für den Nachteilsausgleich und damit für eine kinderfreundliche Kommune.

**Lernen beginnt mit der Geburt**

Kinder brauchen Anreize und Angebote für ihre spezifische Aneignung von Weltwissen. Die Kommune ist dabei ein erster entscheidender Lernort, der sich nicht in der Bereitstellung von Spielplätzen erschöpfen darf.

Lernen mit allen Sinnen kann in jeder Kommune ermöglicht werden. Der frühkindlichen Bildung in Kindertagesstätten und bei Tagesmüttern messen wir besondere Bedeutung bei. In den Kindertagesstätten findet soziales Lernen und Kompetenzerwerb in vielen Bereichen statt. Der uneingeschränkte Rechtsanspruch auf einen KITA-Platz für jedes Kind unabhängig von der Erwerbssituation der Eltern bleibt unsere wichtigste Forderung.

Die Kindertagesstätten bedürfen aufgrund ihrer ergänzenden und kompensatorischen Funktion einer besseren personellen Ausstattung. Ein elternbeitragsfreies gesundes Mittagessen, eine gezielte Sprachförderung, die gute Zusammenarbeit mit allen Eltern und den Grundschulen sowie die Öffnung zu kommunalen Einrichtungen bilden einen ersten Pfad für eine kommunale Bildungslandschaft.

Der Erhalt eines wohnortnahen, alle Bildungsgänge umfassenden Schulangebotes ist unabdingbar. Die Kommunen sollten in ihrer Funktion als Schulträger gestärkt werden. Für den Schulweg und das Mittagessen sind keine Elternbeiträge zu erheben.

## **Wohnortnahe Schulen**

Eine enge Kooperation zwischen Grundschule und weiterführender Schule ist ein erster Schritt zur Entwicklung der Gemeinschaftsschule, welche DIE LINKE als Lern- und Lebensort auf den Weg bringen möchte. Der Ausbau von Ganztagschulen bedarf der Unterstützung des kommunalen Schulträgers. Grundsätzlich ist die Öffnung der Schule zum Lebensort eine zwingende Voraussetzung für die Teilhabe. Die Verbundenheit der Lehrkräfte mit dem Wohnort ist wichtig, um Bindungen an die lokalen Gegebenheiten zu organisieren. Zur lokalen Bildungslandschaft gehört auch die Bibliothek, gehören die kulturellen Einrichtungen, die Naturlehrpfade, die Waldschulen, die Exploratorien, die Museen, die Internet-Cafes ... So wie das Lernen in der Kommune an verschiedenen Orten stattfindet, braucht es auch kompetenter Fachkräfte, die dies organisieren.

DIE LINKE setzt sich für integrative Schulen ein. Kinder mit Förderbedarf sollten vor Ort genauso gut gefördert werden wie Kinder mit besonderen Begabungen.

Bildung ist für uns grundsätzlich ein öffentliches Gut. Tendenzen zunehmender Privatisierung muss vor allem dadurch begegnet werden, dass die öffentlichen Schulen personell und sachlich besser ausgestattet werden.

Wegen der demografischen Situation wird es künftig einen erheblichen Bedarf an Fachkräften geben. Diesen Bedarf zu ermitteln, ist nicht nur Aufgabe der Wirtschaft, sondern auch die der Kommunen. Eine enge Kooperation von Schule und Wirtschaft im Sinne eines voneinander Lernens ist eine wichtige Voraussetzung für eine gezielte Beratung und Sichtung von künftigen Fachkräften. Der Kommune kommt hier eine wichtige Netzwerkfunktion zu. Darüber hinaus werden in der sich wandelnden Gesellschaft auch für Kommunen neue Bedarfe an Fachkräften entstehen.

## **Berufliche Bildung, Weiterbildung**

Um den steigenden Bedarf an höher qualifizierten Fachkräften zu decken, bedarf es der stärkeren Verzahnung von schulischer und beruflicher Bildung. Durch den Ausbau überbetrieblicher Angebote muss weiter dem



entstandenen Rückstau im Berufsbildungsbereich entgegengewirkt werden.

Dem Recht auf lebensbegleitendes Lernen im Bereich der allgemeinen, beruflichen, kulturellen und politischen Weiterbildung muss zum Durchbruch verholfen werden. Die Kreisvolkshochschulen, die Heimvolkshochschulen und verschiedenste Bildungsträger gehören zur kommunalen Bildungslandschaft und müssen gestärkt werden.

## 2.6 Kultur Kommunal

Nach 1990 kam es auch in der Kultur zu einem tiefen Strukturwandel. In den Kommunen entstand ein Netz sozialer, kultureller und kulturpädagogischer Einrichtungen, das bis heute stark von freien Trägern geprägt ist. Die damit verbundene Eigenverantwortung und Kreativität sind Ausdruck des Willens und der Fähigkeit zur demokratischen Teilhabe an der Kultur. Rund 350 Museen, etwa 160 öffentliche Bibliotheken, Gedenkstätten, Orchester und Chöre, Boden- und Baudenkmale, Schlösser und Herrenhäuser, Kunsthäuser, Kulturzentren, Stadttheater, freie Bühnen und Galerien spiegeln sowohl eine geschichtsträchtige als auch lebendige und produktive Kulturszene in Brandenburg wider.

**Viel Neues, aber auch Abwicklung und Kürzungen in der Kultur**

Jedoch gehören die Abwicklung kultureller Institutionen und die massiven Streichungen ebenso zur kulturellen Realität Brandenburgs. Kürzungen in diesem Bereich sind mittlerweile politischer Alltag hierzulande. Viele Künstlerinnen und Künstler befinden sich in ungesicherten Arbeitsverhältnissen. Die Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur haben sich in den zurückliegenden Jahren keineswegs verbessert. Im Gegenteil! Sie haben sich verschlechtert. Seit 1999 wurde die Kulturförderung kontinuierlich zurückgefahren: von 86 Millionen auf 75 Millionen Euro. Kulturelle Leuchtturmprojekte als Mittel der Selbstdarstellung werden indes weiterhin mit hohen Summen gefördert. Zugespitzt formuliert: Die Kulturangebote werden elitärer, die breite Teilhabe an Kultur ist gefährdet. Gerade der drastische Rückzug des Landes aus der Finanzierung kultureller Einrichtungen, der bereits zu vielen Schließungen geführt hat, ist unverantwortlich und hat – trotz aller sozialen Floskeln der Regierung – den sozial bedingten Ausschluss eines Teils der Brandenburger zur Folge.

Und noch eine Sache: So wichtig der Erhalt des kulturellen Erbes ist, und es ist sehr reichhaltig hier in Brandenburg, diese Pflege des Vergangenen darf nicht zulasten der Jugend und deren Bildung gehen. Gebildete, der ganzen Breite der Kultur aufgeschlossene Jugendliche sind auch die Garantie für ein reiches künstlerisches Leben im zukünftigen Brandenburg. Und das muss sich konkret in kommunalpolitischen Entscheidungen

gen, sei es zur Musikschule oder zur personellen Stützung eines Jugendclubs, niederschlagen.

Kultur ist in einer aktiven Bürgergesellschaft ein gesellschaftliches Gut an sich; sie ist Teil einer Lebensqualität, die die Menschen hierzulande schätzen und die ihre Identität prägt. Nach Artikel 34 der Landesverfassung sind Land und Kommunen zur Pflege und zur Förderung von Kunst und Kultur verpflichtet. Jedoch zieht sich die Landesregierung zunehmend aus der Förderung zurück, ohne dass die Kommunen ausreichend in die Lage versetzt werden, Kultur und Kunst aus eigener Kraft zu sichern.

**Zugang zur Kultur  
sichern –  
für alle und überall!**

DIE LINKE in Brandenburg steht dafür, dass im gesamten Land der Zugang zu Kunst und Kultur für alle gesichert bleibt. Mit der Politik des kulturellen Austrocknens, vor allem in Stadtteilen und kleineren Kommunen fernab der Metropole, muss Schluss gemacht werden. Dazu gehört auch, die einheimische Kulturszene zu fördern. Ansässige Künstler, die sich übers Jahr hinweg vielfältig für die Kommune engagieren, sollten auch in kommunal geförderten Projekten vorrangig zum Zuge kommen.

**Einheimische Kultur-  
szene fördern**

Wenn Kultur jeder zweite Herzschlag ist, wie es Hans Marchwitza einst formulierte, dann muss dies auch solide finanziert werden, sonst kommt es zum Herzinfarkt, zum kulturellen Aus. Für uns bleibt – ohne wenn und aber – die Landesregierung in der finanziellen Hauptverantwortung, wenn es um die Breitenwirkung von Kultur im Lande Brandenburg geht. Dagegen sollte sich die öffentliche Hand bei rückwärtsgewandten, aber teuren Prestigeobjekten, wie dem Potsdamer Stadtschloss, lieber zurückhalten.

Eine Kommunalisierung der Kultur hat eingesetzt, ja sie ist fast abgeschlossen. Dabei regelt die Landesverfassung recht klar die Verantwortlichkeiten: erst das Land und dann die Kommune. Die Stärkung der kommunalen Kompetenz für das kulturelle Leben vor Ort ist durchaus im Sinne von mehr Teilhabe. Kommunalisierung der Kulturpolitik ist aber nur sinnvoll und praktikabel, wenn die Kommunen finanziell und rechtlich dazu in die Lage versetzt werden. Kultur sollte zu einer pflichtigen Selbstverwaltungsaufgabe werden und der Staat sollte sich darauf beschränken, im Sinne der Subsidiarität die Kommunen zu unterstützen. Jedoch kann dies, das sei auch noch einmal fett unterstrichen, nicht die Verantwortung des Landes für eine kulturelle Infrastruktur im gesamten Land – ob in der Provinz oder in der Metropole – ersetzen. Nach unserer Auffassung muss Kultur als Staatsziel im Grundgesetz verankert werden. Dafür sollte sich die Landesregierung im Bund aktiv einsetzen. Bislang wurde diese Initiative jedoch im Landtag von der rot-schwarzen Koalition torpediert.

**Kommunalisierung  
der Kultur**

Kultur kann ein wirtschaftlicher Faktor sein. Oft bot sie nach dem Wegbrechen von Industrie eine neue Perspektive. Bei aller notwendigen Beachtung ökonomischer Kriterien in der Kulturpolitik ist einer Ökonomisierung der Kultur deutlich zu widersprechen. Die Teilhabe an Kultur in ihren verschiedenen Formen muss für alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes gewährleistet werden. Ein breit gefächertes Angebot von Kunst und Kultur, räumlich für alle erreichbar und finanziell für alle bezahlbar, das ist Leitmotiv linker Kulturpolitik.

Linke Kommunalpolitik tritt konkret ein

- für den Erhalt der kommunalen Kultureinrichtungen. Kommunale Bibliotheken, Musikschulen und kulturelle Begegnungsstätten gehören weiterhin zur kulturellen Mindestausstattung in jedem Kreis. Vor allem die Städte haben hier eine besondere Verantwortung, auch für ihr Umland. Das muss im jeweiligen Kommunalhaushalt entsprechend abgesichert werden. Dabei müssen auch die Interessen der Ortsteile genügend berücksichtigt werden;
- gegen weitere Kürzungen im Kulturbereich, wie z. B. bei dem durch Volksbegehren zu Stande gekommenen Musikschulgesetz. Der Bedarf an musikalischer Ausbildung ist groß, aber die Musiklehrer bekommen weder feste Anstellungen, noch ausreichend Honorar. Aber wer soll die Talente finden und ausbilden, die wir im Lande haben?
- für stärkere Unterstützung der kommunalen Bibliotheken. Gerade angesichts der Herausforderungen der Wissensgesellschaft ist es notwendig, die Bibliotheken zu sichern und Schließungen in Stadtteilen oder kleineren Gemeinden abzuwenden. Bibliotheken müssen auf dem aktuellen Stand gehalten werden. Ihre konkrete Ausstattung sollte dabei den regionalen Bedürfnissen stärker angepasst werden;
- für Vielfalt und Innovation im Kulturbereich; dazu gehört eine solide finanzielle Absicherung der Sozio-Kultur in den Kommunen durch Programme, die der Kulturpädagogik und der freien Theaterszene zu Gute kommen. Die Neugier auf Kultur und die Spontanität künstlerischen Ausdruckswillens dürfen nicht mit dem Hinweis auf Finanzprobleme kaputt gemacht werden. Gerade diese Szene ist wichtig, damit nicht durch eine zentralisierte Kulturpolitik aus Vielfalt Einfalt wird;
- für einen verlässlichen und finanziell soliden Verbund der Brandenburger Theater- und Orchester. Einst war dieser Theaterverbund die effizienzbesessene Begründung für die Abwicklung renommierter künstlerischer Einrichtungen, wie des Orchesters in Potsdam. Heute muss dieser Verbund ertüchtigt werden, um in den Städten Potsdam, Brandenburg, Frankfurt/Oder und darüber hinaus im gesamten Land kontinuierlich ein hochwertiges Kulturangebot zu sichern. Die bisheri-

**Ziele  
linker Kulturpolitik  
vor Ort konkret  
formulieren**

ge Realität sieht anders aus. Dazu sollte auch das Gespräch mit den Künstlern gesucht werden, die heute oft mehr Zeit beim Transport auf Brandenburgs Straßen verbringen als bei den Proben;

- für die Pflege der sorbischen Kultur. Dies ist nicht nur für die Bewahrung und Fortentwicklung der Identität der 20.000 Sorben im Land wichtig, sondern sichert auch die kulturelle Vielfalt in Brandenburg;
- für eine enge kulturelle Zusammenarbeit im deutsch-polnischen Grenzgebiet. Das ist, wie die Praxis zeigt, nicht einfach. Vor allem die Sprachbarrieren sind noch groß, oft zu hoch. Mit den Euroregionen gibt es institutionelle Strukturen, die auch dem kulturellen Austausch nützen.

## 2.7 Europäisch und solidarische Partner in der Einen Welt

Brandenburgs Kommunen sind heute vielfältig mit internationalen Entwicklungen verwoben, den europäischen und den weltweiten.

Das gilt zunächst und vor allem in Europa. Die Europäische Union setzt nicht nur Rahmenbedingungen durch rechtliche Regelungen oder politische Entscheidungen. Sie bietet auch Entwicklungschancen durch Kooperationsmöglichkeiten in den europäischen Netzwerken und durch ihre zahlreichen Förderprogramme.

Die europäische Integration ist heute in Brandenburg allgegenwärtig: Egal ob bei der Erbringung von öffentlichen Dienstleistungen (ÖPNV, Abfallbeseitigung, Wasserversorgung, Stromerzeugung u. a.) oder bei der Reduzierung von CO<sup>2</sup>-Emissionen in öffentlichen Gebäuden und im Straßenverkehr – überall entscheidet „Europa“ mit; in Gestalt der Europäischen Kommission, des auch von uns Brandenburgern gewählten Europäischen Parlaments, des Europäischen Rates und somit der Mitgliedstaaten und ihrer Regionen. Die Kommunen müssen diese Rahmensetzungen aber nicht einfach hinnehmen, sie können vielmehr – vor allem über die kommunalen Spitzenverbände sowie die Landesregierung und deren Vertretung in Brüssel europäische Entscheidungsprozesse mit beeinflussen und kommunale Interessen einbringen. Andere Bundesländer, etwa der Freistaat Bayern, zeigen, dass hier mehr möglich ist als gegenwärtig.

### **Europa in den Brandenburger Kommunen**

DIE LINKE tritt dafür ein, dass die Kommunen in Brandenburg mehr finanzielle und personelle Ressourcen einsetzen, um sich sowohl über aktuelle Entwicklungen in der EU besser zu informieren und die vorhandenen Förderinstrumente effektiver zu nutzen. Um sich im europäischen Förderdickicht zurechtzufinden, reichen die herkömmlichen Kapazitäten der kommunalen Verwaltungen nicht aus. Dies ist keine Nebenbeschäftigung, hier braucht man Fördermittelprofis. Erfahrungen zeigen, dass jede kompetent besetzte Stelle in diesem Bereich ein Vielfaches ihrer Personalkosten einspielt.

**EU-Förderprogramme sind keine Nebenbeschäftigung**

Einen hohen Stellenwert haben in Brandenburg Städte- und Kreispartnerschaften über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus. Sie bringen Menschen mit ganz unterschiedlichen Erfahrungen zusammen und helfen nicht zuletzt, gemeinsam kommunale Probleme zu lösen. Mit einem neuen Instrument der Europäischen Union, dem „Europäischen Verbund der territorialen Zusammenarbeit“ kann diese Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen auch bestandskräftig über Ländergrenzen hinweg ausgestaltet werden – die ersten Erfahrungen gibt es bereits.

**Erfahrungsaustausch ist die billigste Investition!**

Spezifische Möglichkeiten für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gibt es in der deutsch-polnischen Grenzregion, aufgrund der Grenznähe mindestens in ganz Ostbrandenburg, was in vielfältigen vertraglich ausgestalteten Kontakten zu Partnergemeinden und -kreisen im Nachbarland seit Jahren seinen Ausdruck findet.

Für die Kreise Uckermark, Barnim, Märkisch-Oderland, Oder-Spree und Spree-Neiße sowie die kreisfreien Städte Frankfurt/Oder und Cottbus ergeben sich zusätzliche Möglichkeiten für die Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen aus der Mitgliedschaft in den Kommunalgemeinschaften Pomerania, Pro Europa Viadrina und Spree-Neiße-Bober. Vieles ist in den vergangenen 15 Jahren gemeinsam auf den Weg gebracht worden: von regelmäßigen kulturellen Höhepunkten über die Errichtung von Bus- und Fährverbindungen zwischen Brandenburger und polnischen Kommunen bis hin zur Errichtung von Brücken ... Nach dem Beitritt Polens zur EU und zum Schengen-Raum sind die Bedingungen für eine weitere Intensivierung besser denn je.

**Partnerkommunen im Osten**

DIE LINKE tritt in diesem Zusammenhang auch dafür ein, dass die drei Euroregionen künftig Aufgaben übernehmen, die heute noch in der Zuständigkeit von Ministerien oder ihnen nachgeordneten Einrichtungen sind. Vor Ort wissen deutsche und polnische Akteure am besten, welche Probleme wie gelöst werden können.

**Neue Aufgaben für Euroregionen**

Nicht nur mit Blickrichtung auf die Europawahlen 2009 haben die Brandenburger Kommunen auch wichtige Informationspflichten gegenüber den Brandenburgerinnen und Brandenburgern. Gerade sie können aus eigener

Erfahrung heraus vermitteln, was europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit bewirken kann. Sie können so mithelfen, fehlendes Wissen über Europa und häufig anzutreffende Europaskepsis abzubauen.

Auch weltweit sind Brandenburger Kommunen mit vielfältigen Aktivitäten präsent: sie haben kommunale Kontakte zu Partnern im „Süden“, Asylsuchende aus Afrika und Asien werden in Brandenburger Kommunen untergebracht und junge Brandenburger leisten Entwicklungshilfe in Asien, Afrika und Lateinamerika.

Linke Kommunalpolitik setzt sich seit langem dafür ein, kommunale Partnerschaften mit dem „Süden“ auf- und auszubauen, interkulturelle Kompetenz hierzulande zu befördern, mit den verschiedenen Migrantengruppen aktiv zusammenzuarbeiten und den fairen Handel mit dem „Süden“ auszubauen. Die interkulturelle Kompetenz sollte bei der Qualifizierung von Kommunalpolitikern und Verwaltungen stärker berücksichtigt werden.

Vor allem sollten linke Kommunalpolitiker nach ihrer Wahl aktiv dazu beitragen, dass die (noch ausstehende) Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg mit den Bürgern und ihren Interessenvertretungen diskutiert und als politisches Zukunftsprogramm verabschiedet wird.

Die globalen Herausforderungen nachhaltiger Entwicklung, die Fragen der Armutsbekämpfung, des Klimawandels, der fairen Handelsströme werden auch hierzulande immer mehr als originäre Themen der kommunalen Politik begriffen und politisch angepackt. Seit 1999 gibt es mit der „Brandenburgischen Werkstatt Lokale Agenda 21“ ein Netzwerk, in dem sich Brandenburger Kommunen über ihre internationale Arbeit für nachhaltige Entwicklung austauschen. Das entwicklungspolitische Landesnetzwerk in Brandenburg VENROB bringt die Nord-Süd-Dimension in die Debatte zur Nachhaltigkeit ein.

**Die eine Welt beginnt vor Ort**

DIE LINKE in Brandenburg geht davon aus, dass auch die Brandenburger Kommunen vor neuen Herausforderungen stehen, die sich aus globalen Wandlungsprozessen ergeben. Das stellt lokale Politik in globale Verantwortung.

Im Sinne der Agenda 21 orientiert nachhaltige Kommunalpolitik der LINKEN

- auf eine effiziente Energienutzung und die Förderung alternativer Energiequellen;
- auf die Sicherung der Mobilität für alle, die zugleich die Umwelt schont;
- auf die Förderung innovativer Unternehmen im kommunalen Bereich, die Nachhaltigkeit als Motor für Innovation nutzen sowie
- auf die Förderung nachhaltiger Siedlungsentwicklung.

Engagement für die Eine Welt ist für die Städte und Gemeinden in Brandenburg und in den Partnerländern gleichermaßen von Gewinn: Wirtschaft, Bürgerschaft und Kultur profitieren von Weltoffenheit. Dafür sollte kommunale Politik jene Gruppen und Netzwerke im Lande angemessen unterstützen und in die Entscheidungen einbeziehen, die sich engagiert hier und in der Welt für nachhaltige Entwicklung einsetzen.

**Nachhaltige Kommunalpolitik im Sinne der Agenda 21**

### 3. Kompetente Arbeit und persönliche Glaubwürdigkeit

In der Bundestagswahl von 2005 stimmten 400.000 Brandenburgerinnen und Brandenburger für die neue Linke. Dieses Wählerpotenzial kann auch in den Kommunalwahlen ausgeschöpft werden, wenn DIE LINKE sich als jene Partei versteht, die vor Ort die wichtigsten politischen Probleme am kompetentesten löst. Dafür braucht DIE LINKE vor Ort nicht nur die richtigen Themen und Programme, sondern auch die richtigen Personen.

„Kommunalpolitik hat ihre Eigenheiten; sie ist reizvoll, aber auch nicht ohne Tücken“, mit diesen Worten beginnt dieses Papier. Nähe und Unmittelbarkeit sind die Stärken der Kommunalpolitik, die Bürgerinnen und Bürger immer wieder in die „kommunalpolitische Arena“ ziehen – trotz großen zeitlichen Aufwands, frustrierender Regulierungen und geringer Aufwandsentschädigung. Zugleich setzt diese Nähe alle Kommunalpolitiker und jene, die es werden wollen, den unmittelbaren und kontrollierenden Blicken der Wähler aus. Man kennt sich, man schätzt sich – oder auch nicht. Und dies hängt oft nicht mit jener Partei zusammen, für die man ansonsten stimmt. Wenn es generell um Glaubwürdigkeit in der Politik geht, dann gilt dies vor allem auf der lokalen Bühne. Es geht hier mehr als auf anderen politischen Ebenen um Kompetenz in der Sache und Integrität der Person.

Linke Kommunalpolitik verlangt Mandatsträger und Mandatsträgerinnen, die

- in ihren Dörfern und Städten verwurzelt sind, die man kennt, die man trotz ihrer Ecken und Kanten als Nachbarn schätzt;
- bereit sind, sich persönlich für ihre Kommune zu engagieren, was vor allem bedeutet, viel Zeit und Energie aufzubringen;
- über Kompetenz in den Sachfragen der Kommunalpolitik verfügen, ohne dass sie „Experten für alles“ sein müssen;
- bei all der Verschiedenheit der kommunalpolitischen Themen die soziale Frage zum Leitmotiv ihrer Politik machen;
- tolerant, integrativ und konfliktfähig sind; und
- die zu ihrem Wort stehen.

An der praktischen Politik „vor Ort“ wird die Partei in der Öffentlichkeit gemessen. Die Programmatik der LINKEN wird auch auf Kommunalerebene umgesetzt, und zwar vor und nach den anstehenden Wahlen.

**Linke Kommunalpolitiker in Verantwortung**

**Sachkompetenz und persönliche Glaubwürdigkeit der Kandidaten**

**Zum Wort stehen!**